

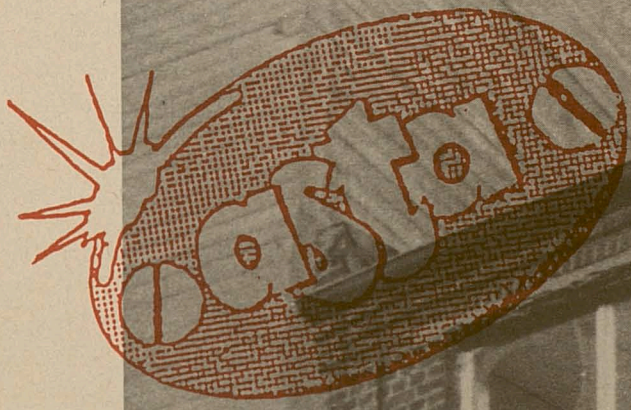
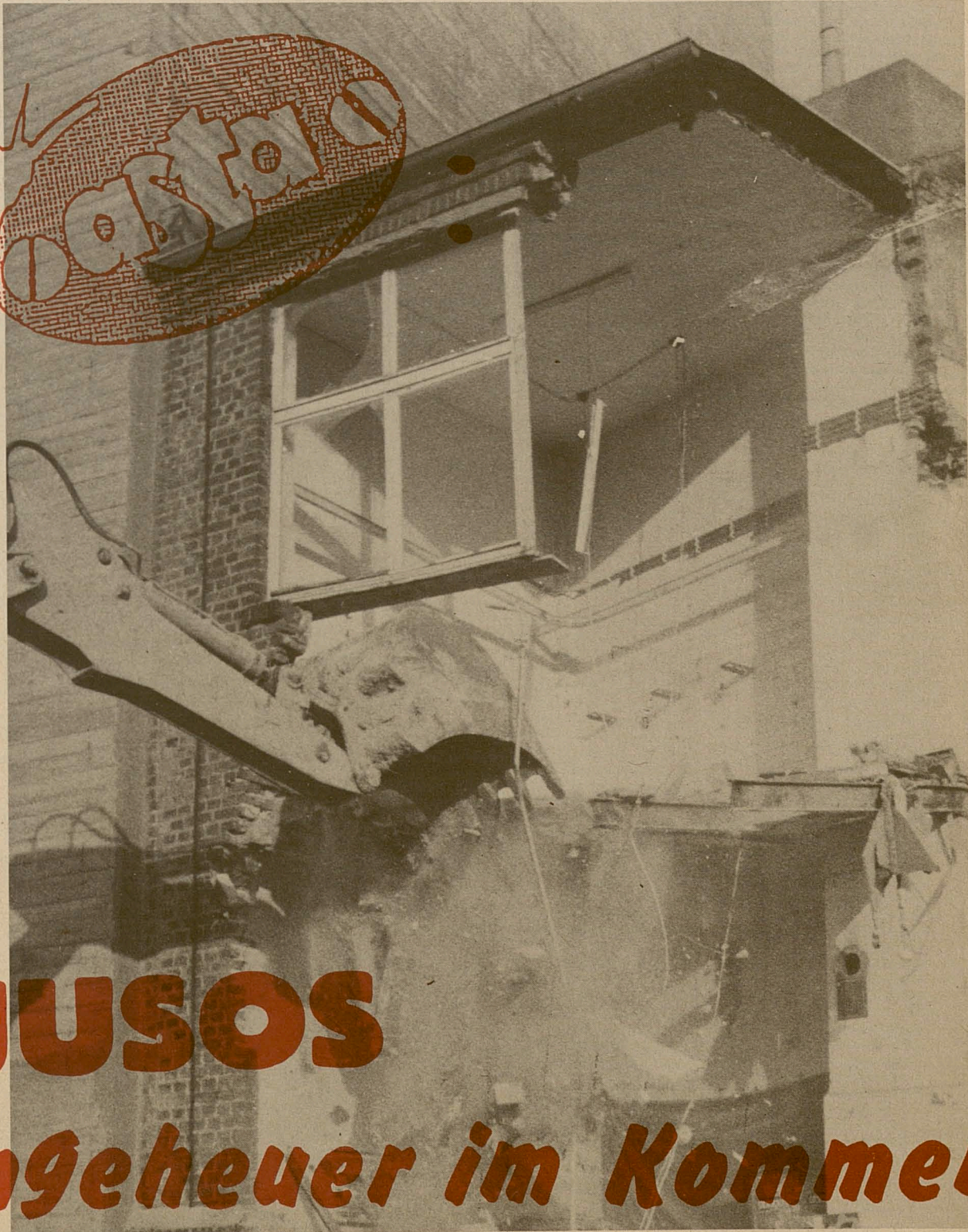
AKUT

po

Nachrichtenblatt der Bonner Studentinnen

Juli 1985

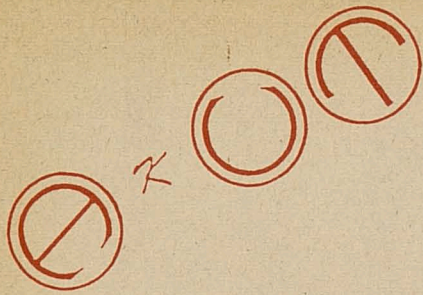
Nr. 210



JUSOS

ungeheuer im Kommen

Universitätsbibliothek
Bonn



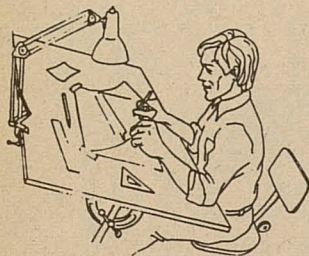
Nachrichtenblatt der
der Bonner Studentinnen

HERAUSGEBER

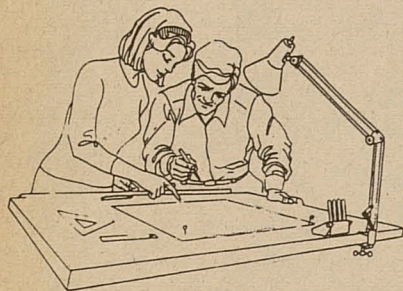
Das Studentinnenparlament der
Rheinischen Friedrich-
Wilhelm- Universität Bonn



Adele Schmidt



Christian Eicke



Gerlind Rheinbay
Raimund Bleischwitz
(verantwortlich)

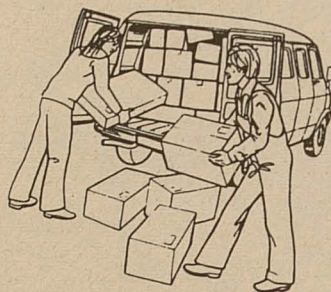
Liebe Leute !

Vor Euch liegt - durchaus ungewöhnlich für ein Sommersemester - unsere 4. Akut. Auch eine personelle Ausdünnung hat nicht die Kontinuität unserer Arbeit behindern können. Uwe Altemöller hat die Redaktion verlassen, er bewirbt sich um den Job als AStA-Chefs. Jutta Koch vervollkommnet ihre Fähigkeiten in Frankfurt beim Hessischen Rundfunk.

Was wir immer noch vermissen, ist mehr feed back eurerseits. So sehr wir uns über persönlich an uns gerichtete Kritik freuen, besonders wenn sie positiv ist, so sehr brauchen wir mehr Leserbriefe. Gefreut hat uns, daß unser layout allgemein als besser bezeichnet wird, auch daß wir uns inhaltlich "gemacht" hätten. Aber nur durch konstruktive Kritik sind wir in der Lage, unsere Arbeit richtig einzuschätzen und in Eurem Sinn zu verbessern.

So, zum Schluß bleibt noch das obligatorische "Schöne Ferien" und tschüß bis zum Wintersemester...

Eure Redaktion



Swantje Kraake
Wolfgang Kalek

INHALT

Nachrichten
Ergebnisse der Fachschaftswahlen
HRG - Demo
Interview mit Prof. Fleischhauer
AStA Haushalt
Hearing im Bundestag
Privatfernsehen
Bonner Kùltür
Sommerfest
Atomkonferenz

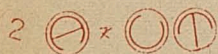
COPYRIGHT

Sofern nicht anders vermerkt,
bei den Autorinnen.
Artikel, die nicht mit vollem Namen
unterzeichnet sind, stellen nicht
unbedingt die Meinung der
Redaktion dar.
Für unverlangt eingesandte Manu-
skripte können wir keine
Garantie übernehmen.

gez. die Setzerin

AKUT
Nassestr. 11
5300 Bonn 1
0228/ 73 70 40
(Von 12⁰⁰ bis 14⁰⁰ Uhr)

DRUCK
Köllen GmbH
Druck und Verlag
Schöntalweg 5
5305 Bonn-Oedekoven



Fachschaftsvertretung Germanistik

Wahlberechtigte: 2154

Gült., abg. Stimmen: 430

Auf die linke Liste entfielen 204 Stimmen, auf die "Arbeitsgemeinschaft unabhängiger Germanisten" 223.

In der Fachschaftsvertretung: Adolphi, Gattung, Gralke, Grüters, Köhnes, Lemke, Mundry, Rinke, Rudolph, Wetschewald, Singerhoff, Kaiser, Franke, Wragge, Köhler, Cordes, Schwarzkopf, Rheinbdt, Vonderstück.

Fachschaft Anglistik

Wahlberechtigte: 1008

Abgeg., gültige Stimmen: 144

Gewählt sind damit: Susanne Feldhaus, Alice Monschau, Katja Nordhaus, Frank Piplat, Michael Stetuhn, Tina Scheja.

Fachschaft Volkswirtschaft

Wahlberechtigt: 1683

Abgeg., gültige Stimmen: 514

Die Aktion Demokratische Mitte erhält damit 14 Sitze, die "Anderen Volkswirte" 5 Sitze.

Gewählt wurden: Marc Dietrich, Jens-H. Wittenburg, Götz Gemper, Steffi Hamacher, Ina Lepel, Daniela Scheuring, Hiltrud Müller, Kai-Uwe Kühn, Bernhard Hammes, Ludger Janowski, Rüdiger Dicke, Ute Anspach, Beate Krebsbach, Claudia Hartmann, UWE Altemöller, Susanne J. Lohmann, Babara Voß, Jeanette Malchow, Sabine Zolper.

Fachschaft Geographie

Wahlberechtigt

Wahlberechtigte: 1083

Zahl der abgegebenen, gültigen Stimmen: 148

Kandidaten: Ute Brackmann, Andre Berbuir, Sebastian Kasack, Berthold Mader, Burghard Meyer, Johannes de Vries, Stefan Weiers, Gerd Prasthofer, Eva Förster, Anne Moldzio, Anne Richter, Angelika Stuke, Berit Weber, Volker Wenner, Eugen Richter.(IGG).

Kunstgeschichte

Fachschaft Meteorologie

Zahl der gült., abg. Stimmen: 28

Gewählt sind: Annette Münzenberg, Horst Faas, Axel Tomalla, Henning Mächel.

Fachschaft Kunstgeschichte

Gewählt wurden: Johannes van Horrick, Barbara Stelzner, Barbara Lindlar, Gerd Roo, Bernnart Schwenk.

Fachschaft Musikerziehung

Zahl der Wahlberechtigten: 52

Zahl der abg., gült. Stimmen: 23

Gewählt wurden: Rita Wermes, Thomas Kahlenbach, Helmuth Jonack, Thomas Pontius, Barbara Koch.

Fachschaft Christliche Archäologie

Wahlberechtigte: 18

Wahlbeteiligung: 50%

Gewählt sind: Gabriele Horn, Anette Schaefer, Monika Vanselow.

Fachschaft Geschichte

Wahlberechtigte: 1223

Gültige, abgegebene Stimmen: 330

Folgende Kandidaten erhalten Sitze (davon UFG 9, AkH 6): Markus Huttner, Martin Banniza, Ulrike Hammelstein, Elbeth Andre, Christopher Hausmann, Donata Kluxen, Christiane Liermann, Christopher Vornefeld, Dagmar Sting, Matthias von Randow, Elisabeth Dilly, Wilfried Busemann, Christof Sander, Claus Körner, Herbert Spicker.

Fachschaftsvertretung Chemie:

Wahlberechtigte: 1496

Abgegebene, gültige Stimmen: 359

Die "Alchemisten" erhielten 124, das "Linke Team" 234 Stimmen.

Fachschaftsvertreter: Paul Feddeck, Klaus Funken, Volker Lindner, Uwe Lüttgens, Wolfgang Mengler, Stephan Raider, Ute Potzyka.

FACHSCHAFTSWAHLEN

~ ergebnisse ~

NEWS

NEWS

Neues von der Kritischen Uni

(RZ) Der nächste Koordinations-treff findet am

2. Juli um 19.00 im Felix-Hausdorff-Zimmer, Mensa Nassestr (1. Stock) statt. Auf der Tagesordnung stehen die Planung für die Semesterferien, die Veranstaltungskoordination und die Programmstellung.

In seiner letzten Sitzung hatte sich das Koordinationskollektiv auf die Themenschwerpunkte "Kulturkritik" und "Neue Technologien" geeinigt. Wie einer der Planer, Jochen Laux (GAG), gegenüber AKUT erwähnte, soll im Schwerpunkt

● Kulturkritik die "Kolonisierung der Lebensweise" (J. Habermas) thematisiert werden. Damit ist die zunehmende Industrialisierung des kulturellen Lebens gemeint, die seit etwa Beginn der siebziger Jahre ehemals private Bereiche als Wachstumsbranche erkannte und kommerziell ausnutzt. Kultur tritt damit dem Menschen "affirmativ" gegenüber, d.h. es ist nicht mehr seine Kultur, sondern nur die für ihn gemachte. Kulturkritik soll dies aufarbeiten und gleichzeitig die Vielzahl neuentstandener Kulturinitiativen miteinbeziehen. Im Schwerpunkt

● Neue Technologien sollen die zu erwartenden Veränderungen in den ökonomischen, politischen und psychosozialen ("Industrialisierung der Sinne") Bereichen untersucht werden.

Beide Schwerpunkte können nach Meinung der Planer/innen das Projekt "Wissenschaftskritik" weiter vorantreiben.

Natürlich können sich alle Interessierten zur Mitarbeit melden:

Jochen, c/o AStA Uni Bonn, Tel.: 73 70 31 (12.00 - 14.00)

Für die nächste AKUT planen wir einen ausführlichen Bericht.

NEWS

⊗ ⊙ ⊕ 4

Der Service Civil International, ein Jugendgemeinschaftsdienst, "der den Kontakt zwischen Menschen aller Länder ermöglichen will", hat auch in diesem Jahr wieder viele study- und workcamps in europäischen Ländern vorbereitet. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf den osteuropäischen Staaten, mit denen der Kontakt ja bekanntlich viele Probleme aufwirft. In diesem Jahr bietet die Organisation für 120 Leute die Möglichkeit, Osteuropa durch gemeinsames Arbeiten, in sozialen Projekten oder Gedenkstätten, Auseinandersetzungen mit dem Projekthintergrund, dem politischen und sozialen Leben des Gastlandes kennenzulernen. Besichtigungen, Diskussionsrunden.. stellen einen ebenso wichtigen Teil des Camps dar. Die workcamp-Beiträge sind zudem sehr gering, (100 Dm und Anreisekosten).
Service Civil International
Blücherstr. 14
5300 Bonn 1/ Tel. 0228/212086/7

Des Sozialistische Hochschulbund (SHB) bietet im nächsten Semester wieder eine kostenlose Einführung in das Kapital von Karl Marx an. Nur das Buch müßt ihr euch schon besorgen. Wir wollen möglichst schon im Oktober anfangen. Meldet Euch deshalb so schnell wie möglich bei Volker, Tel. 239268, oder fragt im Asta nach einer/-em von uns.

NEWS

NEWS

ES GEHT VORAN!

RCDS erobert AStA

(RZ) In seiner Pressemitteilung Nr.28 vom 18. Juni 1985 feiert der RCDS die "Rückeroberung" des AStAs der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen. Damit verfügt der RCDS über beachtliche 4 (in Worten: vier!) Asten der über 200 Hochschulen in der Bundesrepublik, zu denen sogar so renommierte wie der in Claus-thal-Zellerfeld gehören... AKUT befürchtet: Das ist die Wen-de!

"Dem, wer da hat,

daß er die Fülle habe,

dem wird gegeben.

Die Idee war und ist als solche nicht schlecht: Den am Arbeitsmarkt nicht eben heiß umworbenen Politologen soll mit freiwilligen Praktika die Möglichkeit gegeben werden, sich in der Praxis zu tummeln und so ihre marginalen späteren Berufsaussichten zu verbessern. Organisieren will das alles das Seminar für Politische Wissenschaften unserer Universität. Tatsächlich ein selten guter Einfall und endlich mal was, wo alle so richtig an einem Strick ziehen können: Studenten, Profs, wissenschaftliche Mitarbeiter...ach, das wars schon!

Tatsächlich aber geriet die Idee, kaum erst geboren, sofort in das undurchsichtige Getriebe der Entscheidungsfindung am Seminar, und es ist unklar, in welcher Form es da wieder rauskommt.

Die Initiative für die Praktika ging zunächst von Dr. Günther aus, der sich Gedanken machte über die Möglichkeiten, Chancen und Grenzen solcher Praktika, sowie den organisatorischen Ablauf und eine mögliche, institutionelle Einbindung. Im Herbst 84 muß Herr Günther seinen Vorschlag freiwilliger Praktika zum ersten Mal auf einer Sitzung zum Kollegialorgan zur Diskussion gestellt haben. Er bekundete seine Bereitschaft, so ein Projekt zu konzipieren und auch zu betreuen.

Die Idee der Praktika, verbunden mit der Vorstellung einer institutionellen Einbindung durch eine Praktikumvergabestelle, erwies sich als echter Renner. Auch Dr. Günthers Gegenspieler am Seminar, Prof. Knütter, nahm die Idee begeistert auf.

Professor Knütter ist am Seminar wahrlich kein unbeschriebenes Blatt mehr. Weniger durch überragende wissenschaftliche Leistungen, als vielmehr durch seine heftige Kritik an der Politischen Wissenschaft, machte er die Fachwelt auf sich aufmerksam. In verschiedenen Zeitungsartikeln sprach er ihr die Existenzberechtigung in der derzeitigen Form ab. Larmoyant beweierte er die "Discountpreise", zu denen das politikwissenschaftliche Examen zu erwerben sei, warnte vor "ungesunder Aufblähung" und riet zu einer "grundlegenden Umstrukturierung" des Faches.

Erstaunlich ist dann aber, daß derjenige, der die Berechtigung der Politischen Wissenschaft in solchem Maße anzweifelt, gleichzeitig echte

Schlüsselpositionen am Politischen Seminar besetzt halten muß. Die Studienberatung liegt in seinen Händen, ebenso wie er sich auch um die Ausarbeitung einer neuen Diplom-Studienordnung kümmert. Welches Interesse treibt ihn wohl, sich zusätzlich zu diesen Aufgaben, auch noch die Arbeit einer Praktikumvergabestelle an sich zu reißen?

Jedenfalls: Er hat es geschafft, ihm wurde die Leitung des Projektes übertragen. Dr. Günther soll unterdessen erklärt haben, daß mit seiner konstruktiven Mitarbeit nicht mehr gerechnet werden könne, wenn gleichzeitig seinen Interessen permanent zuwider gehandelt werde.

Bedenklich an dieser Entwicklung ist dreierlei:

-Macht wird am Politischen Seminar zunehmend ungleich verteilt

-Vorstellungen eines Dozenten, der sich bei den Studenten eines hohen Ansehens erfreut, erweisen sich als so wenig durchsetzungsfähig.

-Und drittens sollte grundsätzlich die Frage gestellt werden, wem hier Macht zugestanden wird.

Eines steht jedenfalls fest: Am SPW werden Posten und Pöstchen regelmäßig hinter verschlossener Tür ausgekugelt, niemand bekommt irgendetwas davon mit, die Fachschaft und die Student/inn/en werden wieder einmal vor die Tatsache gestellt, daß es dem schwarzen Riesen und "Polypen" Knütter wieder einmal gelungen ist, seine Fangarme um eine weitere Machtposition innerhalb des SPW zu schlingen.

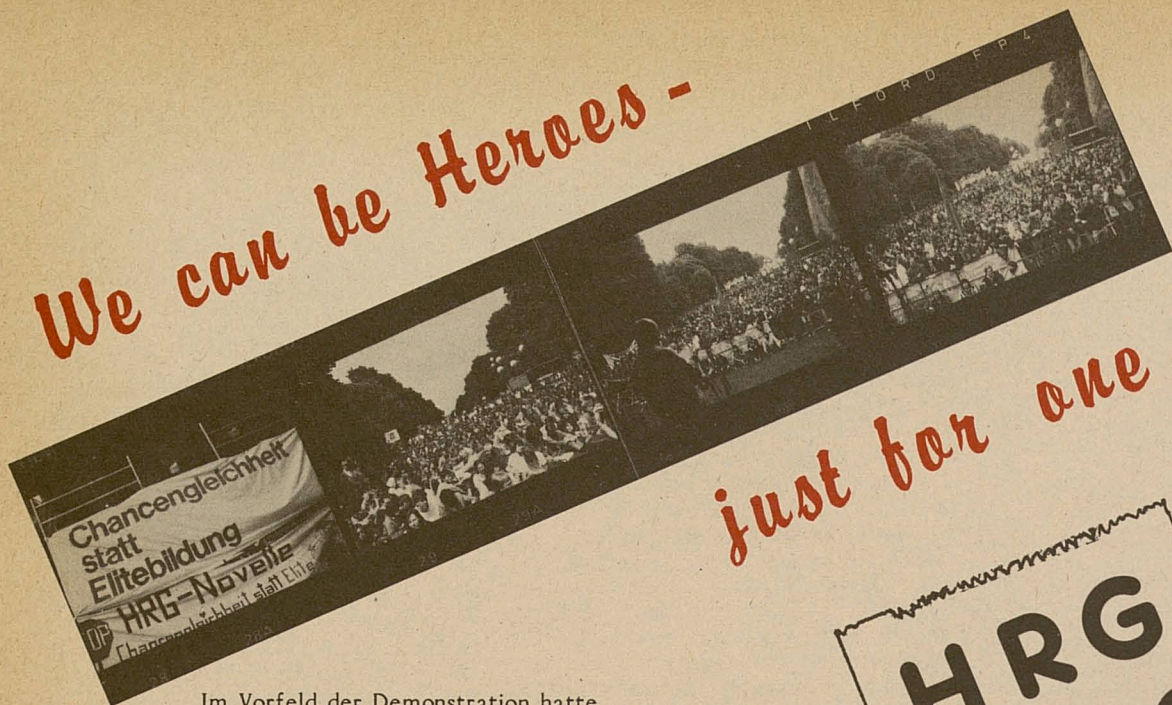
Swantje Kraake/Philipp Genschel

wer aber nicht hat,

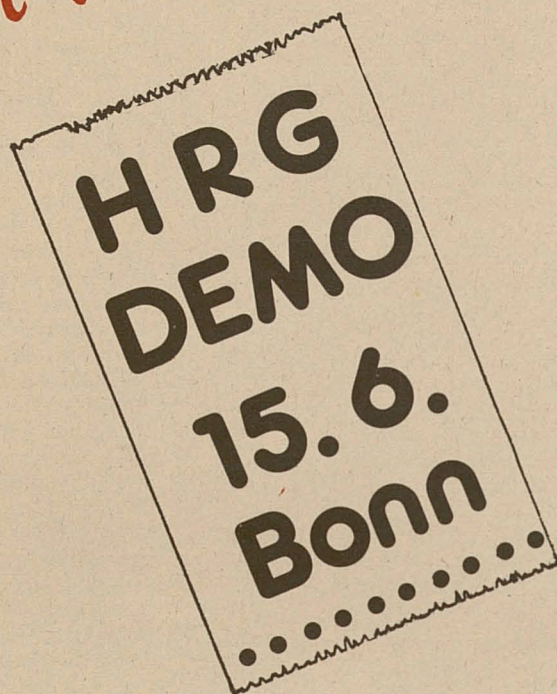
von dem wird auch genommen,

was er hat"

We can be Heroes -



just for one Day



Im Vorfeld der Demonstration hatte es bereits das gewohnte Hick-hack gegeben. Das Bonner Rektorat wollte eine Demonstration durch die Sperrung der Hofgartenwiese verhindern, doch das Oberverwaltungsgericht piff den Rektor zurück. In Ermangelung eines ausreichenden Entscheidungszeitraumes wies es den Vereinigten deutschen Studentenschaften (vds) als Veranstalter die Poppelsdorfer Allee als Austragungsort zu. Die genügte auch völlig, um die Schar von einigen 10.000 Demonstranten aufzunehmen, die sich am 15. Juni versammelten, um gegen die von der Bundesregierung beabsichtigte Novellierung des Hochschulrahmengesetzes zu protestieren.

Das Bonner Rektorat hatte sich mit seinem fruchtlosen Bemühen die Sympathien jedenfalls gründlich verscherzt. So rügte eine Kollegin, die Vizepräsidentin der Hamburger Universität, Heide Pfarr, den Versuch, die Demonstrationsfreiheit administrativ einzuschränken, als "ungeheuerlichen Vorgang". Andere Redner bekrittelten die Schaffung neuer Privilegien für die Professorenschaft, die rücksichtslose Durchsetzung der Novelle, die Heranzüchtung willfähriger Eliten durch 'Steilkurse', die Kolonisierung der Unis durch ungezügelter Drittmittelforschung und anderes mehr. Insgesamt sollte die Demonstration den Protest in der Öffentlichkeit deutlich machen.

Warum es nur zur Darstellung des Protestes reichte, soll im folgenden kurz angerissen werden.

Ver einigte (?) Studentenschaften

Für einen mittleren Eklat sorgte nämlich die angekündigte Vertreterin der Grünen. Die hatte ihren Redebeitrag an die Grün-Bunt-Alternative-Liste (Geba) aus Marburg delegiert, deren beide Vertreterinnen kurz erläuterten, wieso sie auf der Demo nicht reden wollten.

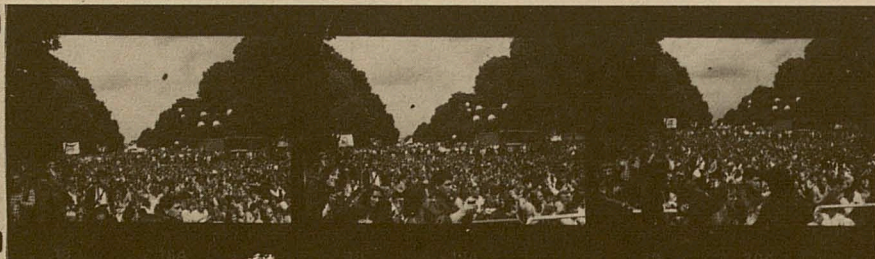
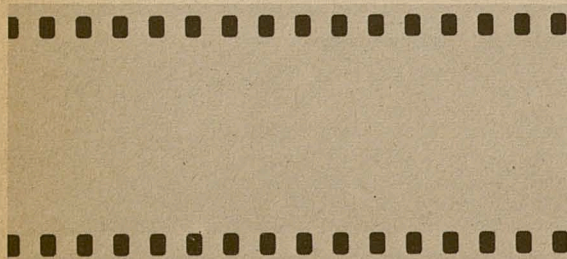
Unter einem Pfeifkonzert stellten sie die ihrer Meinung nach unzureichenden Forderungen bei gleichzeitiger Ablehnung der Novelle an den Pranger.

Deutlich wurde hier mal wieder ein Symptom, an dem die organisierte Studentenbewegung seit Jahren krankt. Der Dissens

- soll man, um ein möglichst breites Bündnis erreichen zu können, auf inhaltliche Radikalität verzichten (ein Konzept, das MSB und SHB, aber auch je nach Bedürfnis LHV und Jusos vertreten), oder

- soll man inhaltliche Diskussionen und Aussagen zur Vorbedingung einer Einigung machen (Grün-undogmatische Basisgruppen wie etwa GAG, LUST oder FemFatal),

beschäftigt die Gemüter jedenfalls seit einigen Jahren und führte seit dem faktischen Austritt der Basisgruppen aus der vds zu deren innerlichen Austrocknung. Im aktuellen Fall hatten die Beteiligten mal wieder tief in die Trickkiste gegriffen und um Motto, Redeliste und Rededauer verbissen gerungen.



Ehrlich gesagt: Es ist völlig gleichgültig, wer hier wen mit welchen Machenschaften über den Tisch ziehen wollte. Für den Versuch, den Morast aus Beschuldigungen, Vorwürfen, persönlichen Drohungen und nachträglichen Anklagen trockenulegen, bräuchte man jedenfalls länger, als Doro Wilms von der Überflüssigkeit der Novelle zu überzeugen:

Das Gezeter einzelner Gruppen langweilt einfach nur noch.

Die Demonstration hat gezeigt, daß es noch Studenten und Studentinnen gibt, die bereit sind, für ihre Interessen vorläufige Bündnisse zu schließen und auf die Straße zu gehen.

Eine euphorischere Bewertung der politischen Auswirkungen ist jedenfalls unangemessen. Nach wie vor muß eine inhaltliche Auseinandersetzung gesucht und geführt werden, die die Verhältnisse der Bonner Ordinariuniversität ebenso einschließt wie die technokratische Verwaltung der SPD-Landesregierung und positive Alternativen entwickelt. Die nächste 'Kritische Uni', die der AstA Anfang November in bewährter Zusammenarbeit mit Fachschaften und Initiativen plant, kann hier wesentliche Impulse liefern.

Für den studentischen Kindergarten, in dem aufgewühlte Nachwuchspolitiker politische Schlamm-schlachten inszenieren, wäre vielleicht eine Nachhilfestunde in alternativem Pluralismus zweckmäßiger: redet halt ein Sozi, kritisiert ihn halt eine Grüne, okay? Bei der Meinungsbildung könnte man ja versuchsweise mal auf die Kritikfähigkeit der vielbeschworenen Massen vertrauen.

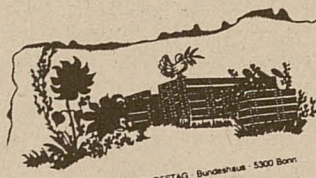
Raimund

Weil es momentan mal wieder 'kracht' und sich die Auseinandersetzung wegen der bundespolitischen Bedeutung wohl noch ein Weilchen hinziehen wird, wollen wir von der Redaktion einen Brief veröffentlichen, der uns nach der Demo erreichte.

DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG

5300 Bonn, den 20. Juni 1985
Bundeshaus
Fernruf 16.....7927.....
Telex 885589 gruen d

- Fraktionsvorstand -



DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG - Bundeshaus - 5300 Bonn

Vereinigte Deutsche Studentenschaften
Kaiserstraße 71
5300 Bonn 1

* * * * * DIE GRÜNEN * * * * *

Betr.: Demonstration gegen das Hochschulrahmengesetz am 15.06.1985
Liebe Freundinnen und Freunde,

anlässlich der Irritationen um den grünen Redebeitrag auf der Demonstration am 15. Juni möchten wir im Auftrag der Fraktion folgendes mitteilen:

Die Fraktion DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG hat auf ihrer Sitzung am 11. Juni einstimmig die Entsendung eines/r Redners/in für die Demonstration beschlossen.

Mitte der Woche wurde dann Karin Zeitler für den Redebeitrag bestimmt. Am Freitagabend wurde Karin von einzelnen Basisgruppenvertretern telefonisch unter Druck gesetzt, die Rede nicht zu halten. Dies war mit Drohungen verbunden, einen evtl. grünen Redebeitrag mit "geeigneten Mitteln" zu verhindern. Daraufhin zog Karin Zeitler den Beitrag zugunsten der Vertreter/in der Basisgruppen Marburg zurück, der/die die inhaltliche Kritik der GRÜNEN und Basisgruppen am HRG und die weitergehenden Vorstellungen im Hochschulbereich - verbunden mit einer Kritik der SPD-Politik - darstellen sollte.

In der Fraktion wurde auf der Sitzung am 18. Juni das benannte Vorgehen scharfsten verurteilt. Sollte von den betreffenden Personen ein Zusammenhang zwischen Bundestagsfraktion und ihrem Redebeitrag gezogen worden sein, so weisen wir dies zurück. Die Fraktion hat auch an keine ihrer Bundesarbeitsgemeinschaften den Redebeitrag abgetreten. Wir bedauern, daß durch dieses Vorgehen Einzelner die berechtigten inhaltlichen Forderungen der GRÜNEN und Basisgruppen bei den Demonstranten diskreditiert wurden.

Die Fraktion hat am 18.06. nochmals ihren Beschluß vom 15.06. bekräftigt und klar gemacht, daß eine Rednerteilnahme von unserer Seite gewünscht wurde und sich die beabsichtigte Haltung der Fraktion im Rückblick als die einzig richtige erwiesen hat.

Die Fraktion hat weiterhin beschlossen, im Herbst ein hochschulpolitisches Seminar durchzuführen, bei dem wir mit Basisgruppen und anderen Studentenorganisationen aus dem grün-alternativen Spektrum gemeinsam alternative Hochschulpolitik diskutieren wollen.

Zur Sache möchten wir nachdrücklich darauf hinweisen, daß die GRÜNEN IM BUNDESTAG die HRG-Novellierung in allen Punkten auf das Entschiedenste ablehnt. Daß wir aber auch, - in Abgrenzung zur SPD - die Novellierung als Teil der seit vielen Jahren laufenden staatlichen Formierung ansehen. Diese zeigt sich schon an der realen Entwicklung auf Bundesebene unter SPD/ FDP - wie unter CDU/ CSU/ FDP - Regierungen ebenso wie auf Länderebene, egal ob SPD oder CDU/ CSU regiert.

Ausdruck der Hochschulformierung der letzten 10 - 15 Jahre ist: (...)
Um diese Diskussion möglichst breit zu führen, hat die Fraktion DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG am 14.-16. Juni in Stuttgart mit ESG, JuSo u.a. einen Ratschlag durchgeführt.

In der weiteren Auseinandersetzung in diesem Bereich hoffen wir auch auf die fruchtbare Zusammenarbeit mit der VDS.
Da es sich bei diesem Vorgang um eine Sache von allgemeinerem politischen Interesse handelt, werden wir diese Stellungnahme auch anderen Interessierten und Betroffenen (Asten, Basisgruppen etc.) zur Kenntnis geben.

Marischen Gr

Anzeige:

MÖBEL-KISTE.
Annehm. Qualität. Beratung.

Ordnung ist der halbe Schreibtisch...

vier geräumige Schubkästen, mehrfach verstellbare Platte, Bleistiftrillen und Griffmulden. Ein Arbeitsplatz, an dem die Pflicht zum Hobby wird.

TORII II mit viel Massivholz. 70 x 140 cm
DM **475,-***

Drehstuhl mit lustiger Streifenpolsterung, mit allem Sitzkomfort, nach neuesten Sitznormen.
DM **138,-***

MÖBEL-KISTE.
Thomas Mann Str. 22
5300 Bonn 1

* Mitnahmepreise

A Magnificent Rektor

Vor einigen Wochen wurde Professor Fleischhauer, Leiter des anatomischen Instituts, als Nachfolger des Moraltheologen Böckle zum neuen Rektor der Universität Bonn gewählt. Zum Wintersemester wird er sein neues Amt antreten. Wir besuchten ihn in seinem Institut, um ihn den Student/inn/en schon heute vorstellen zu können. Doch lassen wir ihn selbst zu Wort kommen...

akut: Herr Professor, Sie sind ja jetzt noch nicht in Amt und Würden, Ihre Amtszeit beginnt erst im Oktober. Wenn Sie dann als Rektor eingeführt sind, wie möchten Sie angedredet werden? Als Magnifizenz oder Herr Rektor oder anders?

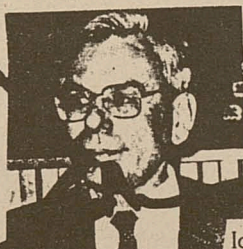
Das ist mir ziemlich egal. Das hängt von der Einstellung des Einzelnen ab. Nach der Verfassung ist mit dem Rektorat die Anrede Magnifizenz verbunden, wenn mich jemand Professor Fleischhauer nennt, warum nicht?

akut: Es hängt nicht nur von der Einstellung der Leute ab, sondern auch von Ihrer Einstellung. Magnifizenz ist die Anrede gemäß der Ordinariuniversität, die ja eigentlich seit einigen Jahren per Gesetz abgelöst ist. Wie stehen Sie denn dazu, daß wir noch diese alte Form haben?



Ich glaube, daß Formen auch manche Vorteile haben im Umgang zwischen Menschen. Sie erzeugen eine gewisse Distanz und man kann, wenn man gegensätzlicher Meinung ist, unter Umständen leichter miteinander umgehen. Und ich glaube, die Hauptaufgabe des Rektors muß darin bestehen, dafür zu sorgen, daß in der Universität gearbeitet werden kann, geforscht werden kann, gelernt werden kann, und zwar von Menschen, die ganz unterschiedlicher politischer Meinung sind, auch sonst ganz unterschiedlicher Meinung sind, und ich sehe meine Aufgabe im Wesentlichen darin, dafür zu sorgen, daß das möglich sein wird.

akut: Es gibt nun in Bonn noch die Ordinariuni, die seit einigen Jahren nach dem Landesgesetz umgeändert werden soll. Wie stehen Sie denn dazu?



Ich möchte hier zunächst mal sagen, daß der Begriff Ordinariuniversität ein Begriff ist, den ich nicht für richtig halte. Es gibt in Bonn, wenn Sie so wollen, die Professorenuniversität (gerade so wollen wir, glaube ich, nicht, der Sätzer). In den beteiligten Gremien haben die Professoren die Mehrheit, aber nicht die Ordinari. Aber der politische Gesetzgeber hat gesprochen, und wir haben uns an die Gesetze zu halten. Die Organisation der Universität ist ja durch Gesetz festgelegt worden. Die Universität hat diesem Gesetz Folge geleistet. Wir haben, 1982 war das, glaube ich, den Organisationsplan vorgelegt und im Jahre 1983 den Vorschlag für die Wahlordnung vorgelegt und diese Wahlordnung ist bis auf einen Punkt genehmigt worden vom Minister und in diesem einen Punkt hatte der Minister die Genehmigung versagt. Es ist darüber zu einem Rechtsstreit gekommen und der muß erstmal ausgestanden werden. Nach den mir vorliegenden Informationen ist es so, daß im Herbst dieses Jahres das Verfahren erfolgen soll.

akut: Können Sie mal konkret sagen, um welchen Streitpunkt es sich handelt?

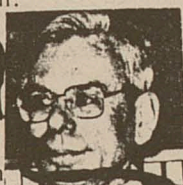
Prof. Fleischhauer: Ja, es geht um die Frage der Zuordnung der Habilitierten zu einer bestimmten Personengruppe. Nach dem Vorschlag der Universität Bonn sollen die habilitierten Mitarbeiter in der Gruppe der Professoren an-

gesiedelt sein. Und das Ministerium geht von einer anderen Vorstellung aus, daß von einem bestimmte Zeitpunkt an das Dienstrecht maßgeblich sein soll und nicht das Korporationsrecht. Darum dreht sich der Streit. Und wir sind also der Meinung, daß die Auslegung des Ministeriums nicht verfassungskonform ist.

akut: Dann kommen wir jetzt nochmal auf Wahlen zu sprechen. Sie sind ja auch gerade erst im zweiten Wahlgang gewählt worden, weil der große Senat zunächst nicht beschlußfähig war. Und dann sehen

wir ja auch, daß bei studentischen Wahlen, z.B. für die Engeren Fakultäten, die Fachschaften oder das Studentenparlament die Wahlbeteiligung sehr niedrig ist. Sehen Sie da irgendeinen Zusammenhang zwischen dem Desinteresse der Studenten, ihre Organe zu bestimmen und dem Desinteresse auch einer ganzen Menge von Professoren, ihre Organe mitzuwählen?

Ich sehe hier einen ganz großen Unterschied. Bei der Wahl zum Rektor ist nämlich



ein enorm hohes Quorum erforderlich, um überhaupt die Wahl durchführen zu können, müssen 3/4 aller wahlberechtigten Mitglieder des großen Senats (also aus jeder Gruppe, im großen Senat sind ja auch die wissenschaftlichen Mitarbeiter und die Studenten vertreten) anwesend sein, um überhaupt wählen zu können. Nun wissen Sie, daß es zum Beispiel das Institut des Forschungssemesters gibt, es gibt Kolleginnen und Kollegen, die zur Zeit in Amerika weilen oder die gar nicht in Bonn sind, es gibt Kolleginnen und Kollegen, die krank sind, alle diese werden bei diesem Quorum mitgezählt, und, wenn sie auch aus triftigem Grund nicht teilnehmen können, vermindern sie das Quorum nicht. Bei Wahlen für das SP oder bei den Wahlen zur EF ist völlig offen, wieviel der Studenten an der Wahl teilnehmen, die Wahl kann stattfinden und wieviele Leute an der Wahl teilnehmen, ist einfach Frage des Interesses. Der Unterschied zwischen der Anwesenheit von fast 2/3 aller Wahlberechtigten und der Wahlbeteiligung bei studentischen Wahlen ist, glaube ich, ein nicht unerheblicher, um es so zu formulieren.

akut: Müssen also beim zweiten Wahlgang für die Rektorwahl nicht mehr 3/4 anwesend sein?

Beim zweiten Wahlgang müssen nicht mehr 3/4 anwesend sein, es waren aber, glaube ich, fast soviel wie beim Wahlgang vorher.

akut: Wir hatten uns eigentlich vorgenommen, Sie zu fragen, was Sie sich als Rektor vorgenommen haben. Nun haben Sie ja die Frage schon vorhin beantwortet. Sie sprachen da von Ihrer Aufgabe, dafür zu sorgen, daß geforscht und gelehrt werden kann.



Ja, das ist eine schwierige Aufgabe, denn wir haben ja enorm viele Studenten und wir haben hier ein Institut, das wirklich im wahrsten Sinne des Wortes, aus den Nähten platzt. Und die Organisation eines Betriebes mit so vielen Studierenden so zu gestalten, daß jeder Student zu seinem Recht kommt, wirklich das lernt, was er lernen möchte, lernen soll, das ist schwierig, denn die Räume und der Lehrkörper und das Geld haben sich ja in den letzten zehn Jahren, wie sich die Studenten vermehrt haben, nicht in gleichem Maße vermehrt. Also da sehe ich doch große Probleme. Und ich glaube, es wird notwendig sein, daß man Bedürfnisse der Universität gerade im Bezug auf Lehre und Forschung sehr deutlich vertritt, in der Universität und auch gegenüber der Öffentlichkeit.

akut: Wie ist das jetzt zu verstehen? Heißt das, daß es mehr Gelder gibt und mehr Räume, mehr Stellen?

Ich glaube, die Bauplanung der Universität kann man nicht einfach mit mehr Räumen und Stellen umschreiben, sondern das ist eine sehr komplizierte Planung, weil hier die Bedürfnisse der einzelnen Fakultäten und die Gesamtplanung der Universität aufeinander abgestimmt werden müssen, aber ich glaube, daß man insgesamt dafür sorgen muß, daß keine weiteren Stellenstreichungen erfolgen, daß man an den Stellen, wo akute Notpässe entstehen, und solche Engpässe gibt es an verschiedenen Stellen, zusätzliche Mittel einsetzen kann. Das werde ich auf jeden Fall versuchen. Ob das möglich ist, ist eine andere Frage.

akut: Unserer Ansicht nach kann man doch von einer Umschichtung der Stellen vom geisteswissenschaftlichen in den naturwissenschaftlichen Bereich sprechen.



Prof. Fleischhauer: Ich habe gesagt, daß die Bedürfnisse der einzelnen Fakultäten unterschiedlich sind, das ergibt sich ja einfach aus der Natur der Sache, und daß man diese unterschiedlichen Bedürfnisse zur Kenntnis nehmen muß, daß die Universität sich darüber klar werden muß, welches die dringlichsten sind, und daß man die mit Nachdruck gegenüber den öffentlichen Stellen vertreten muß. Die Fakultäten sind ja für ihre Belange zunächst mal autonom. Die Fakultäten müssen ihre Bedürfnisse feststellen und diese in Eingaben, die über die Verwaltung laufen, dem Ministerium darlegen. Daß Stellen der philosophischen Fakultät in andere Fakultäten verlagert worden sind, ist mir nicht bewußt, muß ich sagen. Ich kann nur sagen, daß in unserer Fakultät, ich bin ja noch nicht Rektor, ich kann ja nur sagen, was ich hier so mitbekomme, in den letzten Jahren eben dauernd Stellen abgezogen worden sind.

akut: Wie stellen Sie sich denn für Ihre Amtszeit das Verhältnis zwischen dem Rektorat und der Uni-Verwaltung und den Organen der verfassten Studentenschaft vor? Im letzten Jahr gab es ja ständig irgendwelche Spannungen zwischen Rektor und AStA, zwischen SP und Verwaltung... sehen Sie Möglichkeiten, das irgendwie abzubauen?



Ich bin über die Einzelheiten, die da im letzten Jahr zu Schwierigkeiten geführt haben, nicht genügend informiert, um sagen zu können, ob man das abbauen kann oder ob man das nicht abbauen kann. Das hängt auch immer von der Einstellung beider Seiten ab und die wechselt ja auf beiden Seiten. Ich habe mich immer bemüht, zur Studentenschaft ein gutes Verhältnis zu haben. Und hier im Hause ist es so, daß wir in den sachlichen Problemen eine gute Zusammenarbeit immer angestrebt haben und in den meisten Fällen auch erreicht haben. Ich werde mich natürlich bemühen, ein gutes Verhältnis zur Studentenschaft zu haben, auf der anderen Seite wird es meine Pflicht sein, dafür zu sorgen, daß die gesetzlichen Regelungen eingehalten werden und daß die Aktionen der Studentenschaft, soweit sie vom Rektor genehmigungspflichtig sind, sich in dem Rahmen halten, der den Gestezen entspricht.

akut: Das hieße also, Sie würden gegebenenfalls beispielsweise an der Praxis des jetzigen Rektors festhalten, wenn er formaljuristische Schwierigkeiten sieht, beispielsweise eine Vollversammlung (wie das aktuell bei der Germanistik das Problem ist) zu verbieten?



Es tut mir furchtbar leid, daß ich auf diese aktuellen Probleme nicht eingehen kann, weil ich sie nicht kenne. Aber: formaljuristisch heißt rechtlich. Ich werde mich an die Gesetze halten, und wenn ein Gesetz etwas nicht zuläßt, dann kann man es nicht machen. Jedenfalls können Beschlüsse solcher Einrichtungen dann keine bindende Wirkung haben. Wenn die gesetzlichen Regelungen bestimmten Dingen entgegenstehen, muß der Rektor diese Dinge untersagen. Wenn die Studentenschaft meint, daß die entsprechenden Gesetze falsch seien, dann ist es Sache, an den Gesetzgeber heranzutreten und in einem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren dieses Gesetz zu ändern. Aber wir stehen nicht über dem Gesetz.

akut: Dann wollen wir eine Frage zu Ihrem Fachbereich stellen, zur Medizin. Weil Sie eben betonten, daß es wichtig ist, daß in Studium, Forschung und Lehre Wissenschaftlichkeit eine Grundvoraussetzung ist. Was halten Sie dann davon, daß zum Beispiel das Physikum, das ja wohl eine sehr wichtige Prüfung für die Mediziner ist im multiple-choice-Verfahren, ähnlich den Führerscheinprüfungen, durchgeführt wird?

Prof. Fleischhauer: Das ist eine sehr schwierige und komplexe Frage. Es wird nicht so abgehandelt wie eine Führerscheinprüfung. Die schriftliche Prüfung ist ein sehr kompliziertes Verfahren in der Medizin und unterscheidet sich, wenn ich richtig orientiert bin, auch dadurch von der Führerscheinprüfung, daß nicht nur verbale Fragen gestellt werden, sondern daß diese Fragen auch an Bildern gestellt werden. Es wird also dem Studenten beispielsweise Bildmaterial vorgelegt, und die Frage bezieht sich dann auf ein bestimmtes Bild, man kann sie nur richtig beantworten, wenn man zuerst das Bild verstanden hat. Die grundsätzliche Frage aber, die Sie stellen, ist: halte ich dieses multiple-choice-Verfahren für richtig?

Da müßte ich eigentlich ausholen und in die Geschichte etwas zurückgehen. Vor zwanzig Jahren war es nur mündlich, es war damals, das habe ich am eigenen Leibe erlebt, große Unzufriedenheit unter den Studenten mit der mündlichen Prüfung und zwar aus verschiedenen Gründen. Erstens wurde gesagt, die mündliche Prüfung ist sehr subjektiv. Die mündliche Prüfung wird in den einzelnen Fächern an den verschiedenen Universitäten mit unterschiedlichem Standard abgehalten. Und die mündliche Prüfung läßt der Willkür des Prüfers soviel Raum, daß ein Student Angst kriegt, in Prüfungsangst gerät und vor lauter Angst nicht mehr das herausbringt, was er eigentlich zu wissen glaubt. Das hat dazu geführt, daß Anfang der 60-er Jahre, wenn einer zum zweitenmal durch die Prüfung gefallen war, daß es damals fast regelmäßig zu gerichtlichen Auseinandersetzungen über solche Fragen kam, und das Unbehagen in der Studentenschaft, auch bei



vielen Professoren, war enorm. Dann wurde eine neue Approbationsordnung eingeführt und vorgeschlagen, die davon ausging, daß in Deutschland die Zahl der Medizinstudenten etwa zwischen 4500 und 5500 liege, daß praktische Ausbildung verstärkt werden soll, daß in der praktischen Ausbildung das, was an Erkenntnissen praktischer Art vermittelt wurde, mündlich abgeprüft werden sollte und daß dann am Schluß als Abschlußprüfung die multiple-choice-Prüfung durchgeführt werden sollte. Das fand damals großen Anklang bei den Studenten, ja sie wollten nur noch multiple-choice-Prüfungen.

Jetzt waren die Batterien des Akut-Aufnahmegeräts endgültig mit ihrer Energie am Ende, was wir leider während der Ausführungen Professor Fleischhauers nicht bemerkten, weil das dumme Ding ohne aufzunehmen langsam weiterlief.

Professor Fleischhauer bemerkte noch, daß er das multiple-choice-Verfahren nicht für ideal halte, aber im Augenblick auch kein bessere Prüfungsverfahren sehe.

Wir unterhielten uns noch über das neue HRG, wobei wir insbesondere die Probleme des Zweiklassen-Studiums und der Drittmittelforschung ansprachen. Prof. Fleischhauer teilte unsere Befürchtung, daß es zu einem Zweiklassen-Studium kommen könne, nicht, sprach sich grundsätzlich für Begabtenförderung aus und meinte, daß die Ausbildung der "normalen" Studenten, darunter nicht leiden brauche. Angesprochen auf die in Zukunft freieren Forschungsmöglichkeiten der Industrie durch unkontrollierte Vergabe von Drittmitteln, sagte er, es handele sich nur um eine Entbürokratisierung des Verfahrens. Er strebe ein gutes Verhältnis zur Industrie an, die per se nichts Schlechtes sei.

Gerlind Rheinbay
Christian Eicke

HAUSHALT IMMER NOCH UNSICHER

Wie der AStA, der Ältestenrat, das SP, die Akut und andere Institutionen der Studentenschaft das Geld ausgeben dürfen, das ihnen jedes Jahr zur Verfügung steht, wird in einem Haushalt festgelegt, den das Studentenparlament beschließen muß. Ein Haushaltsjahr, für das ein Haushalt jeweils gilt, läuft vom 1.7. bis zum 30.6. des nächsten Jahres. Bis zu diesem Zeitpunkt sollte eigentlich der Haushaltsplan fürs nächste Jahr verabschiedet und in Kraft getreten sein, damit der Geschäftsbetrieb reibungslos über die Haushaltsgrenze hinweg weiterlaufen kann. In diesem Jahr kann das nicht mehr rechtzeitig geschafft werden. Das liegt daran, daß zur Verabschiedung eines Haushalts ein langes Verfahren notwendig ist, das in diesem Jahr sogar zweimal durchgeführt werden mußte. Und das kam so: Zunächst erstellte die AStA-Finanzreferentin einen Plan über Ein-

nahmen und Ausgaben, wie sie zu erwarten waren. Sie konnte dabei auf die Daten der letzten Jahre, die Entwicklung der Einnahmen (z.B. durch steigende Studentenzahlen und dadurch erhöhte Einnahmen durch Studentenbeiträge) und Ausgaben (z.B. gestiegene Preise für Papier und Büromaterial) zurückgreifen und daneben noch die von den AStA-tragenden linken Gruppen beabsichtigten politischen Umgewichtungen bei den Ausgaben für bestimmte Bereiche der AStA-Arbeit berücksichtigen. Dieser Entwurf wurde im AStA diskutiert und, wo es nötig schien, geändert. Dann wurde er dem Haushaltsausschuß des SP vorgelegt. Von dort kam er dann ins SP. Zur endgültigen Verabschiedung sind im SP drei Lesungen erforderlich. In der ersten wird nur der Entwurf vorgelegt und erläutert. Dann wird in den einzelnen

Fraktionen darüber beraten und man überlegt sich, wo etwas geändert werden sollte, welche Daten zu hoch oder zu niedrig angesetzt seien, wo man etwas umschichten wolle. In der zweiten Lesung wird dann von den Fraktionen das, was sie anders haben wollen, als Änderungsanträge eingebracht. Über jeden Änderungsantrag wird dann einzeln abgestimmt. Wenn alle diese Anträge behandelt sind, wird in der dritten Lesung der gesamte Haushalt mit den eingearbeiteten Änderungen vorgelegt und endgültig verabschiedet. Danach kann er dann in Kraft treten.

Diesmal ist der Haushalt aber beim ersten Versuch in der dritten Lesung im SP durchgefallen, d.h. die Mehrheit der SP-Mitglieder hat sich gegen den Haushalt ausgesprochen, der durch die Änderungen während der zweiten Lesung entstanden war.

Bei der Aufstellung des Haushaltsplans gab es zwei besondere Problembereiche. Einmal ging es um eine Gewichtung zwischen den Geldern zur Förderung studentischer Kulturgruppen und denen zur Förderung alternativer Wissenschaftsansätze. Dort standen sich lange die Positionen der LUST (mehr für Kultur) und der Juso-HSG (mehr für alternative Wissenschaft) gegenüber. Es ging um insgesamt 3000 DM (der Gesamthaushalt beläuft sich auf über 1.330.000 DM). Schließlich kam man sich Schritt für Schritt (sprich Hundertmarkschein für Hundertmarkschein) entgegen und einigte sich im letzten Augenblick auf einen Kompromiß. Darüber waren allerdings tagelange Verhandlungen und zwei SP-Sitzungen vergangen.

Der andere Krachpunkt war, daß man sich auf Kürzungen des Personaletats geeinigt hatte, sich allerdings nicht ganz darüber einig war, wo nun Stellen gespart werden sollten; einvernehmlich wurde eine Stelle im Ökoreferat und einer der Referenten für Hochschulpolitik gestrichen. Die Juso-HSG forderte dann noch die Streichung einer Mitarbeiterstelle im Bereich Antirepression/Frieden, während die GAG verlangte, daß ihr Mitarbeiter im Hochschulreferat 350 DM monatlich statt der für Mitarbeiter üblichen 220 DM erhalte. Schließlich einigte man sich darauf, die Mitarbeiterstelle im Antirepressions/Friedensbereich nicht zu streichen und dem GAG-Mitarbeiter im Hochschulreferat 310 DM als Aufwandsentschädigung zu zahlen, weil er als Verantwortlicher für die "Kritische Uni"

im kommenden Wintersemester mehr Arbeit investieren muß, als ein Mitarbeiter normalerweise. Dieser Kompromiß wurde von allen Gruppen des AStA unterstützt.

UND AStA WIEDER SCHON GEFÄHRLICH!

Auf der SP-Sitzung vom 23.5. forderte die GAG dann plötzlich doch wieder 350 DM für ihren Mitarbeiter und brachte einen dahingehenden Änderungsantrag ein, der mit Hilfe der rechten Gruppen und Teilen der LUST auch durchkam. Dadurch war für die Juso-HSG, den lhw (liberaler Hochschulverband/Jungdemokraten), den SHB und die "Wehrt-Euch"-Fraktion der Kompromiß, den die Basisgruppen nun doch wieder ändern wollen und sich dabei sogar der Hilfe der Rechten bedienten, hin-fällig geworden.

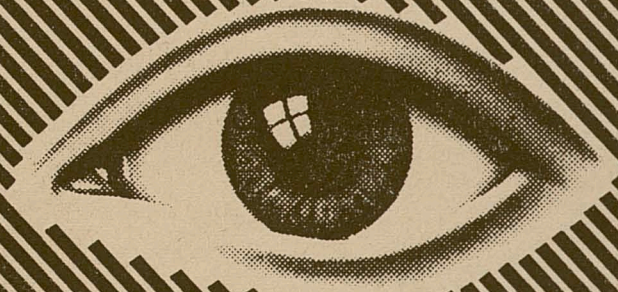
Daraufhin wurde in der abschließenden 3. Lesung der Gesamthaushalt abgelehnt. D.h., daß der Entwurf an den Haushaltsausschuß zurückverwiesen wurde und das ganze noch einmal von vorne beginnen mußte. Im Haushaltsausschuß hat man sich inzwischen darauf geeinigt, daß das Geld für den GAG-Mitarbeiter im Hochschulreferat doch erhöht wird und zwar durch eine Umschichtung aus dem Personaletat des Antirepressionsreferats. So ist nun damit zu rechnen, daß der Haushalt auf der SP-Sitzung am 26.6. in der ersten und am 27.6. in der zweiten und dritten Lesung verabschiedet wird. Da aber zwischen der Verabschiedung und dem Inkrafttreten des Haushalts eine gesetzlich bestimmte Frist vergehen muß, ist es nicht mehr möglich, daß der Haushalt pünktlich zum 1.7. in Kraft treten kann. Daraus folgt für den AStA, daß vom 1.7.85 an ein Geschäftsbetrieb nur noch nach den Vorschriften über die "vorläufige Geschäftsführung" möglich ist, wodurch die Arbeit des AStA natürlich behindert wird, weil nur ein Bruchteil der Gelder verwendet werden darf, die bei ordentlich verabschiedetem Haushalt zur Verfügung ständen. Wenn aber auf der nächsten SP-Sitzung aber alles glatt geht, wird der Haushalt vielleicht doch noch im Laufe des Juli in Kraft treten können.

Wenn allerdings im Sommersemester kein Haushalt mehr verabschiedet, was nach dem Rücktritt der AStA-Vorsitzenden, der von den Jusos und dem MSB-Spartakus praktisch erzwungen wurde, jetzt wieder möglich ist, werden das die Gruppen zu verantworten haben, die jetzt eine erneute Änderung des Haushalts erzwingen wollen und damit ihrerseits den Kompromiß über den Haushalt erneut brechen. Und ob nach diesem neuen Bruch der Vereinbarungen weiterhin ein AStA in der bisherigen Zusammensetzung aus allen sieben linken Gruppen möglich sein wird ist äußerst ungewiß.

CHRISTIAN EICKE

IN DER HÖHLE

Ich im.



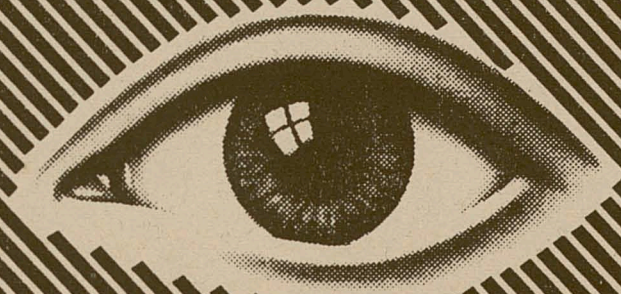
Am 22. Mai dieses Jahres hatte ich das Vergnügen, einer Gutachteranhörung im Bundestagsausschuß für Forschung und Technologie beizuwohnen. Bereits im letzten Jahr hatte eine Expertenanhörung zu den Informations- und Kommunikationstechnologien stattgefunden. Da seinerzeit jedoch fast nur über die technischen Seiten diskutiert wurde, hatten GRÜNE und -etwas später auch- die SPD ein Hearing zu den sozialen Folgen von neuen Technologien vorbereitet. CDU und FDP sahen ihre propagandistischen Felle davonschwimmen und bestanden darauf, daß auch "ihre" Experten eingeladen werden. Da diese größtenteils Vertreter der jeweiligen Industrieverbände waren, hätte der Name der Veranstaltung vollständigerweise wohl Gutachter- und Lobbyistenanhörung lauten müssen. Es stellten sich insgesamt 14 -von den vier

Fraktionen eingeladene Experten von den erwähnten Industrievertretern über Informatiker zu Soziologen, Psychologen und einem Gewerkschafter den Fragen der Ausschußmitglieder. Mit Ausnahme der SPD- Abgeordneten richteten sich die Fragesteller ausschließlich an die von ihrer Fraktion geladenen Gutachter. Der vom Ausschußvorsitzenden SCHIERHOLZ von den GRÜNEN formulierte Anspruch, die Anhörung möge den Parlamentariern bei der Klärung offener Fragen und als Grundlage zukünftiger Entscheidungen dienen, war schon von daher verfehlt. Überhaupt waren die Eingangs- und Schlußstatements von SCHIERHOLZ, wo er von den Chancen und Pflichten von "uns Parlamentariern", den Prozess der zunehmenden Einführung von neuen Technologien zu steuern, weniger eine realistische Einschätzung der Macht des Bundestages als

vielmehr Indiz dafür, wie sehr die junge Partei bereits auf den parlamentarischen Betrieb fixiert ist und öffentlich Hoffnungen schürt, wo ernüchternde Kritik angebracht wäre. So verlor denn der Grüne auch kein Wort darüber, daß die wohl breiteste öffentliche Diskussion im Zusammenhang mit Informations- und Kommunikationstechnologien, die über Volkszählung und Überwachungsstaat, von einer breiten Bewegung, einem Teil der Medien und einzelnen Datenschützern ausgelöst wurde. Die Entwicklungen, die das Parlament hätte öffentlich diskutieren und dann durch Gesetze steuern sollen, waren in der Vergangenheit schon so weit vorangeschritten -wie z.B. bei den polizeilichen Computerdateien-, daß die Abgeordneten mit der Verabschiedung von Gesetzen meist nur nachträglich das legalisierten, was

DES LÖWEN:

Bundestag



gesellschaftliche Machtträger (Industrie, Exekutive) schon jahrelang praktizierten.

Daran ist zu erinnern, wenn Vertreter aller vier Parteien die technologische Entwicklung als solche nicht in Frage stellen, es aber als ihre Aufgabe bezeichnen, daß die Techniken "sozialverträglich" gemacht (CDU), "abgefedert" (FDP), "richtig gehandhabt" (SPD) oder "demokratisch gestaltet" (GRÜNE) werden müßten. Es wurden an diesem Tag zwar viele Fragen aufgeworfen, es konnten aber keine Konzepte oder Handlungsanweisungen benannt werden, wie die Entwicklung zu steuern sein könnte, wie die Versprechen eingelöst werden könnten.

GRÜNER wacht über Spielregeln

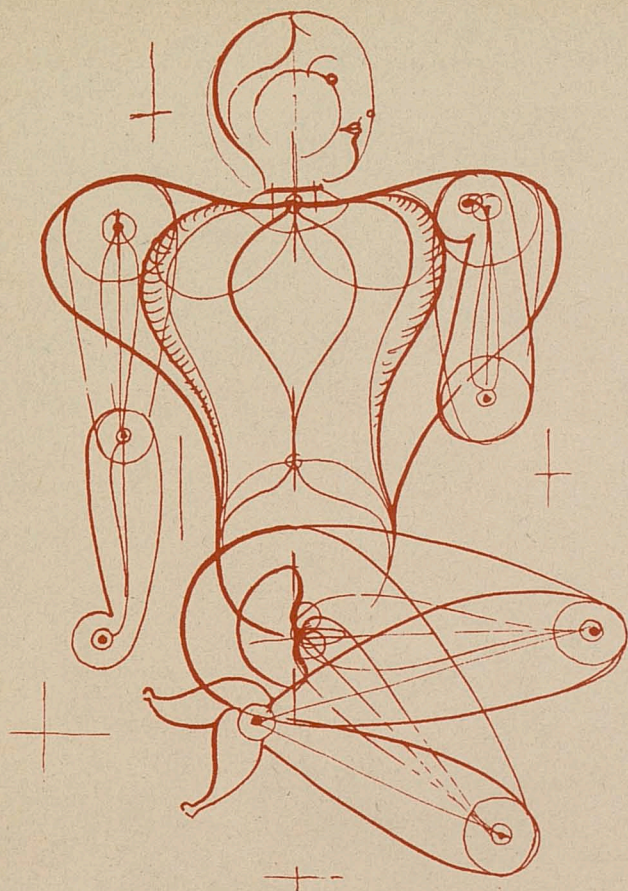
Nach den einleitenden Bemerkungen erklärte SCHIERHOLZ den Ablauf des Hearings: Entsprechend den Wortmeldungen könne jeder MdB zwei Experten befragen. Diese hätten jeweils fünf Minuten Antwortzeit. Bei Überschreiten dieser Zeit zeige er, der Vorsitzende ihnen eine orange Karte als Aufforderung zu enden. Die orange Karte fand im Verlauf der Anhörung geringe Beachtung bei den Gutachtern -weniger wegen der kaum zu bremsenden Redeschwalle

als vielmehr deswegen, weil der Blickkontakt zwischen Vorsitzendem und Gutachterbank von den Vertretern der alten Medien, den WDR-Kameraleuten ständig verstellt war. Die Fragen sollten in drei Komplexe gegliedert werden, woran sich allerdings die Volksvertreter nicht hielten. Dies war hauptsächlich auf den mangelnden Sachverstand der Parlamentarier zurückzuführen, was den Beobachter ein wenig verwunderte, sollten doch in den Ausschüssen die über das Gebiet jeweils Bestinformiertesten ihrer Fraktionen sitzen, soll doch in den Ausschüssen die eigentliche, die effektive Arbeit des Parlaments stattfinden.

Elektronischer Analphabetismus?

Begonnen wurde die Anhörung mit der Frage: Wird der Mensch auf die Technik zugerichtet? Muß sich der Mensch der Mensch der Maschine anpassen?

Da kamen von den Technologie-Kritikern eine Reihe bejahender Argumente. Es wurden Einflüsse auf die Kreativität und die Persönlichkeitsstruktur befürchtet, insbesondere bei Kindern. Empörung erntete das von Prof. EURICH geäußerte Argument, Ingenieure dächten teilweise schon wie Maschinen und könnten schon des-



Homo, Figur T (1920/21) - OSKAR SCHLEMMER

wegen keine menschengerechte Technik entwickeln. Der Sprachforscher SOBETZKO sagte eine Verarmung der Sprache als Folge zunehmender Computerisierung auch des Alltages voraus. Der Computer zwänge dem Benutzer eine inhaltsleere, kontext- und widerspruchsfreie, unabänderliche Begrifflichkeit auf. Prof. EURICH sah die Schwelle, ab der einer Abhängigkeit der Gesellschaft kaum noch entgegenzusteuern sei, in der Digitalisierung des Telefonnetzes. Die Einführungsgeschichte des bargeldlosen Zahlungsverkehrs zeige, daß der Einzelne ab einem bestimmten Zeitpunkt keine Möglichkeit hat, sich gegen eine technische Neuerung zu wehren. Der SPD-MdB VAHLBERG befürchtete, daß gegenüber einem Computersystem, in dem "100- Mann- Jahre Entwicklung drinsteckten", der Mensch sich heute kaum mehr traue, grundsätzliche Fragen zu stellen. So bleibe z.B. bei den modernen komplexen Waffensystemen nur mehr der Handgriff des Scharfmachens. Die Vertreter der Industrie führten als Gegenargumente insbesondere an, auf dem Markt setze sich nur

die Technik durch, die vom Menschen gewollt würde. Die Akzeptanz der neuen Technologien aber steige ständig. Dr. HOFMEISTER vom Verband Deutscher Ingenieure erntete einen Lacherfolg, als er zunächst einen Anpassungsdruck auf die Menschen als "Kinderkrankheit" der Technik konzidierte und dann als Beispiel den Altbundeskanzler SCHMIDT anführte, der anfangs auch Schwierigkeiten gehabt hätte, die computergeschriebene Stromrechnung zu lesen...

Die Behauptung, der Mensch müsse sich der Technik nicht anpassen stand im krassen Gegensatz zu den Forderungen, die die Industrievertreter und der Kölner Soziologieprofessor SCHEUCH später erhoben: Der Notstand an deutschen Bildungsstätten wurde ausgerufen, es herrsche ein "elektronischer Analfabetismus" (SCHEUCH), die Handhabung der neuen Technologien müsse zu den "Kulturtechniken" der Gesellschaft gehören (ZEITTER), die "technologische Grundausbildung" müsse in die Schulen verlagert werden und Bildungsplanung müsse zu einer zentralen Auf-

gabe der Unternehmer werden (FLECKENSTEIN vom Industrie- und Handelstag). Diese Äusserungen sollte student/studentin sich vor dem Hintergrund der HRG- Novelle und der Bildungspolitik seit Mitte der 70er Jahre einmal auf der Zunge zergehen lassen.

COMPUTERSUCHT

Anhand von Studien aus den USA über sogenannte Technik- Neurosen zeigte Prof. VOLPERT die Gefahren für die Sozialisation von "technik- zentrierten Menschen" auf. Es trete ein Realitätsverlust bei ihnen auf, sie lebten in einer Scheinwelt. In dieser Welt hätten sie Allmachtsphantasien, fühlten sich im Besitz eines geheimen Wissens, mit dem nur sie den Computer besiegen könnten. Es trete eine Bindung an den Computer auf. Eine glasklare Rationalität und formalisiertes Denken werde übernommen. Damit sei die Sicht auf ganzheitliche Zusammenhänge versperrt. Eine emotionale Verarmung trete ein. Zwischenmenschliche Kommunikation werde zugunsten der "Kommunikation" mit der Maschine zurückgedrängt, mit der man(!) umgehen könne, ohne verwundbar zu sein, ohne Schwächen zu zeigen. Diese Erkenntnisse wurden hauptsächlich bei exzessiven Computer- und TV-Spielern gemacht. Befürchtet werden allerdings ähnliche Folgen vor allem bei Kindern der zukünftigen Generationen, die bereits von jung an Technik und deren Logik gewöhnt werden sollen und dies wie selbstverständlich hinnehmen werden.

Auch bei Zunahme der Fernsehprogramme, des Suchtangebots wird eine Vertiefung der schon vorhandenen Problematik der Vielseher erwartet (Prof. EURICH). Bei alten Leuten, Kindern und Arbeitslosen sei jetzt schon eine alarmierende Dominanz des Fernsehens in der Freizeitgestaltung festzustellen. Erschreckend war für mich, daß keine Frage aus diesem Bereich von christ- demokratischer oder wert- konservativer Seite ernstgenommen wurde. So wurde denn auch von CDU/CSU kein Kirchenvertreter eingeladen. Gegen Ende der Anhörung war noch 1/3 der CDU- MdB anwesend. Die teilweise auf empirischen Untersuchungen gestützten Aussagen -was bei der Folgenabschätzung von Zukunftstechnologien schon schwierig genug ist- von EURICH oder VOLPERT wurden von den selbsternannten Hütern von Familie, Tradition und anderen Werten als ungläubwürdig zurückgewiesen. Man ließ sich auf technikkritische Argumente gar nicht ein, sondern verfuhr nach dem Motto: Man könne nicht glauben, was eben gesagt wurde z.B. über den technik- zentrierten Menschen und möchte dem eigenen Ex-

perten "die Chance zur Antwort geben" und dies "in die Frage kleiden" : Sind die neuen Technologien nicht eine "phantastische Chance" zur Förderung der Kreativität ?

So ließ sich CDU- MdB BOHL über den Zweck seiner Anwesenheit auf der Anhörung aus -Stichwortgeber für die geladenen Industrievertreter.

KULTURPESSIMISMUS

Interessant war gegen Ende der Anhörung die Kontroverse um den Begriff Kulturpessimismus: Der CDU- Abgeordnete KOHN warf ihn in die Runde in Zusammenhang mit dem kritischen Fragenkatalog von SPD und GRÜNEN. Dieser Pessimismus habe in Deutschland eine geistige Tradition. In diese Richtung stieß auch Dr. JOHN v. FREYEND vom Bundesverband der deutschen Industrie. So wie heute bei den Informations- und Kommunikationstechnologien hätten die Gegner des technischen Fortschritts schon bei Eisenbahn, Auto und Telefon argumentiert.

Prof. EURICH drehte diesen Vorwurf um und warf denen Kulturpessimismus vor, die Technik als Zwangsläufigkeit hinnähmen, der es sich realistischerweise anzupassen gelte. Die Apologeten dieser Technologien hätten keine positiven Utopien mehr, in ihren Konzepten habe der Mensch keine Möglichkeit mehr gestaltend auf die gesellschaftliche Entwicklung einzuwirken.

Hierzu ist noch anzumerken, daß die Auffassung, der Mensch sei eigensüchtig und nur zum Chaos fähig und daher der Lenkung bedürfe, zum Grundmuster konservativer Ideologien gehört von den katholischen Gegenrevolutionären des letzten Jahrhunderts bis hin zu CARL SCHMITT und seinen Schülern. Das Allgemeinwohl, das in der Geschichte unserer Gesellschaft bisher denen diente, die vorgaben es anzustreben, wird heute nicht mehr durch das Interesse des Herrschers oder der Aristokratie bestimmt, sondern durch das Verwertungsinteresse des Kapitals oder in bürgerlicher Ausdrucksweise: durch die Bedürfnisse der modernen Industriegesellschaft d.h. durch die stetige Anpassung der Gesellschaft an den technischen "Fortschritt".

Die meisten der neuen Techniken sind ambivalent, das heißt es kommt darauf an, wer sie wie nutzt. Für sie mag KARL MARX Einschätzung von der objektiv revolutionären Rolle der Bourgeoisie bei der Entwicklung der Produktivkräfte noch zutreffen. Dieser technische Optimismus ist jedoch spätestens seit der Entwicklung der Atom- und der H-Bombe, der Einführung von Kernkraftwerken, dem Fast- GAU von Harrisburg und der Gift "katastrophe" von Bophal frag-

würdig geworden. Deswegen müssen wir uns vor der Einführung neuer Technologien fragen, ob diese nicht irreversible Folgen und Wirkungen haben, die zumindest ein Teil der Technikbefürworter in seiner Fortschrittsgläubigkeit nicht überblickt. Diese Fragen, ob ein Teil dieser Techniken nicht schon aufgrund seiner Konzeption kommunikationszerstörenden, Kontroll- oder Herrschaftcharakter hat -unabhängig von der Art des Einsatzes- müssen sich auch die zaghaften Kritiker von den GRÜNEN und der SPD stellen. Es müßte sie zweifeln lassen, daß ein Großteil der Techniken von Militär und Großindustrie entsprechend den Bedürfnissen dieser Systeme entwickelt wurde

und deren Macht erhöhen soll. Solange also GRÜNE und SPD keine Konzepte vorlegen können, wie sie realistischerweise den Techniken begegnen wollen, müßten sie auch die Einführung von ambivalenten Techniken ablehnen, von der grundsätzlichen Ablehnung der o.a. Herrschaftstechniken ganz zu schweigen. Ansonsten werden diese redlichen(?) Volksvertreter immer einer von Pentagon und IBM-Chefetage gesteuerten Entwicklung hinterherrennen. Die nächste Anhörung im Jahre 1995 kann dann die 1985 prognostizierten Folgen empirisch belegen...

wolfgang kaleck



„Le peintre de la Tour Eiffel“ (1954). Marc Riboud

" Le peintre de la Tour Eiffel" (1954) -

MARC RIBOUD

⊗ × ⊙ ⊕ 15

HAMBURG

ZAHNPASTA

MARKTWIRTSCHAFT

Die Fernsehprogramme der Tageszeitungen und Zeitschriften dehnen sich aus. Nicht mehr drei Spalten reichen aus, weitere Angebote von privaten Sendeanstalten kommen dazu. Das Fernsehen wächst aus den öffentlich-rechtlichen Kinderschuhen. Am Beispiel von SAT 1, einem Kabelprojekt aus Ludwigshafen, machte ich mir einige Gedanken zum Thema. Dabei erhebe ich keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit, sondern möchte den folgenden Beitrag lediglich als Anregung verstanden wissen.

"Es ist einfach schlimm mit mir. Ich hab' mich mal wieder ins Studio gedrängt, liebe Zuschauer, um die nächste Ansage zu machen, also auf einen Horrorfilm hinzuweisen. Ein Gruselstreifen, in dem "sieben goldene Vampire" grüßen lassen. Zunächst aber sollten alle Nachtschwärmer und Vampire zuhören, denn "Blendax-Anti-Belag" hat einen wichtigen Verbraucherhinweis zum Thema Zähneputzen. Jetzt gibt es "Blendax-Anti-Belag" im neuen Portionsspender. Ein Druck, und die richtige Portion "Blendax-Anti-Belag" ist auf der Zahnbürste. Einfach praktisch, von der ersten bis zur letzten Portion. Und was besonders wichtig ist, "Blendax-Anti-Belag" beseitigt Zahnbelag, stärkt die Zähne durch Calcium und schützt so vor Karies. "Blendax-Anti-Belag" im Portionsspender wirkt, stärkt, schützt. Ja, wer Sie nun beschützen soll, wenn Sie jetzt gleich ein bißchen Angst bekommen, liebe Zuschauer, weil die "sieben goldenen Vampire" zu Ihnen ins Wohnzimmer kommen, weiß ich nicht. Sie sollten, wenn die Möglichkeit besteht, sich möglichst eng aneinander kuscheln, denn es wird auf jeden Fall gruselig."

Sonntag, 2. Juni, 0.10 Uhr. Wer bereits verkabelt ist, konnte sich an diesem Abend gleich zweifach verschaukelt fühlen. Wolf-Dieter Herrmann kündigte den Film "Die Sieben goldenen Vampire" an, machte zugleich noch Werbung für Zahnpasta, und letztlich ging beides in die Hose. Doch nicht nur ihm. Der private Satellitensender SAT 1 verstieß damit gegen §3 des rheinlandpfälzischen Landesgesetzes über einen Versuch mit Breitbandkabeln, der sagt: "Werbung jeder Art ist von sonstigen Rundfunkprogrammen und anderen Kommunikationsdiensten zu trennen." Die Hamburger Senatskanzlei intervenierte denn auch folgerichtig bei der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz und meldete rechtliche Bedenken an.

Zum Vorwurf der Mischung von Moderation und Werbung kommt noch, das gegen das Sonntags-Werbeverbot verstoßen wurde, das allein in RHP aufgehoben ist.

Was verbirgt sich hinter SAT 1 ?

SAT 1



In einem Presse-Info vom Februar 1985 heißt es:

"Seit 1.1.1985 sendet SAT 1 täglich gut 10 Stunden (...) ein informatives und unterhaltendes Vollprogramm. (...) Das SAT 1 Programm wird über den Westbeam des Europäischen Fernmeldesatelliten ECS 1 ausgestrahlt und in die Satellitenempfangsanlagen der Deutschen Bundespost in den Ländern aufgenommen, in denen die rechtlichen Voraussetzungen zum Empfang privater Fernsehprogramme gegeben sind."

Das sind Schleswig-Holstein, HH, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Bayern, Berlin und NRW. Am ersten Sendetag konnten 120.000 Haushalte SAT 1 empfangen, das entspricht einer potentiellen Zuschauerschaft von 250.000 Personen.

Sitz der Anstalt ist Mainz, die Sendezentrale ist in Ludwigshafen.

11 Verlage und Programmgesellschaften gestalten SAT 1:

1.) Aktuell Presse-Fernsehen (APF), ein Zusammenschluß von 167 Tageszeitungen, sendet 3x täglich 15 min Nachrichten, Sport und

Wetter. Laut eigener Angabe sollen neben der "hohen Politik" viele "lebensnahe Themen aufgegriffen werden wie Mode, Auto, Film, Freizeit, Essen, Unterhaltung u.a."

2.) Der Otto Maier-Verlag Ravensburg bietet 4x wöchentlich ein Programm für Kinder an.

3.) Die Bauer-Verlagsgruppe sendet 1x monatlich Bravo-tv, sowie "Aufgeblättert", ein "Magazin für die moderne Frau".

Diese interessiert sich in den Vorstellungen der Gruppe für "Stars privat, geheime Schminktricks der Weltstars, unglaubliche Geschichten und die Schulzes, ein typisch deutsches Ehepaar." Na ja, der Verantwortliche, Heinz A.F. Bauer, wird sich schon Gedanken gemacht haben zur modernen Frau...

4.) Der Burda-Verlag preist "M- ein Männermagazin" an von "Managern, Muskeln, Mut und Mädchen"! Und

siehe die Moderatoren: Christian Neureuther, Rosi Mittermaier (?), Paul Breitner, Reinhold Messner, Walter Röhrl; die geballte Männlichkeit.

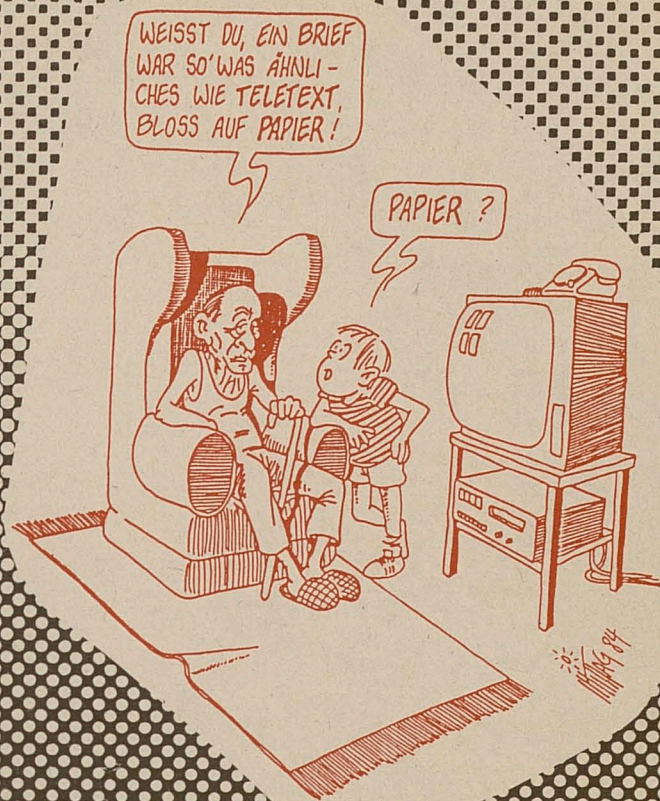
Weiterhin Extrablatt, die Bunte-Talkshow ("mit ihren brisanten Themen") und die Kino-Rückblende.

5.) PKS= Programmgesellschaft für Kabel und Satellitenrundfunk, setzt als Schwerpunkt ihres Angebots Spielfilme und Serien. PKS sendet bereits seit 1.1.1984 und Allensbacher Demoskopien hatten schon im letzten Jahr eine hohe Einschaltquote ermittelt, was Wunder...

6.) Die Zielgruppe von KMP= Kabel Media Programmgesellschaft sind die 14-30 jährigen. Zentraler Programmpunkt ist die tägliche MUSIKBOX mit Videoclips und Berichten über Trends und Klatsch der Musikszene.

7.) Die Verlagsgruppe Georg Holtzbrinck bringt montags von 20.30 bis 21.00 Uhr (das sind satte 30 min) das Wirtschaftsmagazin und anschließend die "Galerie Buecher", "eine Familiengeschichte, angesiedelt im Kunsthandel, an deren Schicksal die Zuschauer regen Anteil nehmen sollen".

8.) Die F.A.Z. mit ihrem 13-täglichen Fernsehmagazin F.A.Z.IT, dabei sollen "die Kompetenz der Fachredaktionen und die Informationen eines weltweiten Korrespondentenkreises ausgeschöpft werden".



Weiter mit von der Partie sind:

9.) der Axel Springer-Verlag
10.) die Neue Mediengesellschaft Ulm und
11.) der Kabel- und Satellitenrundfunk

Einige Namen sind da ja nicht ganz unbekannt...

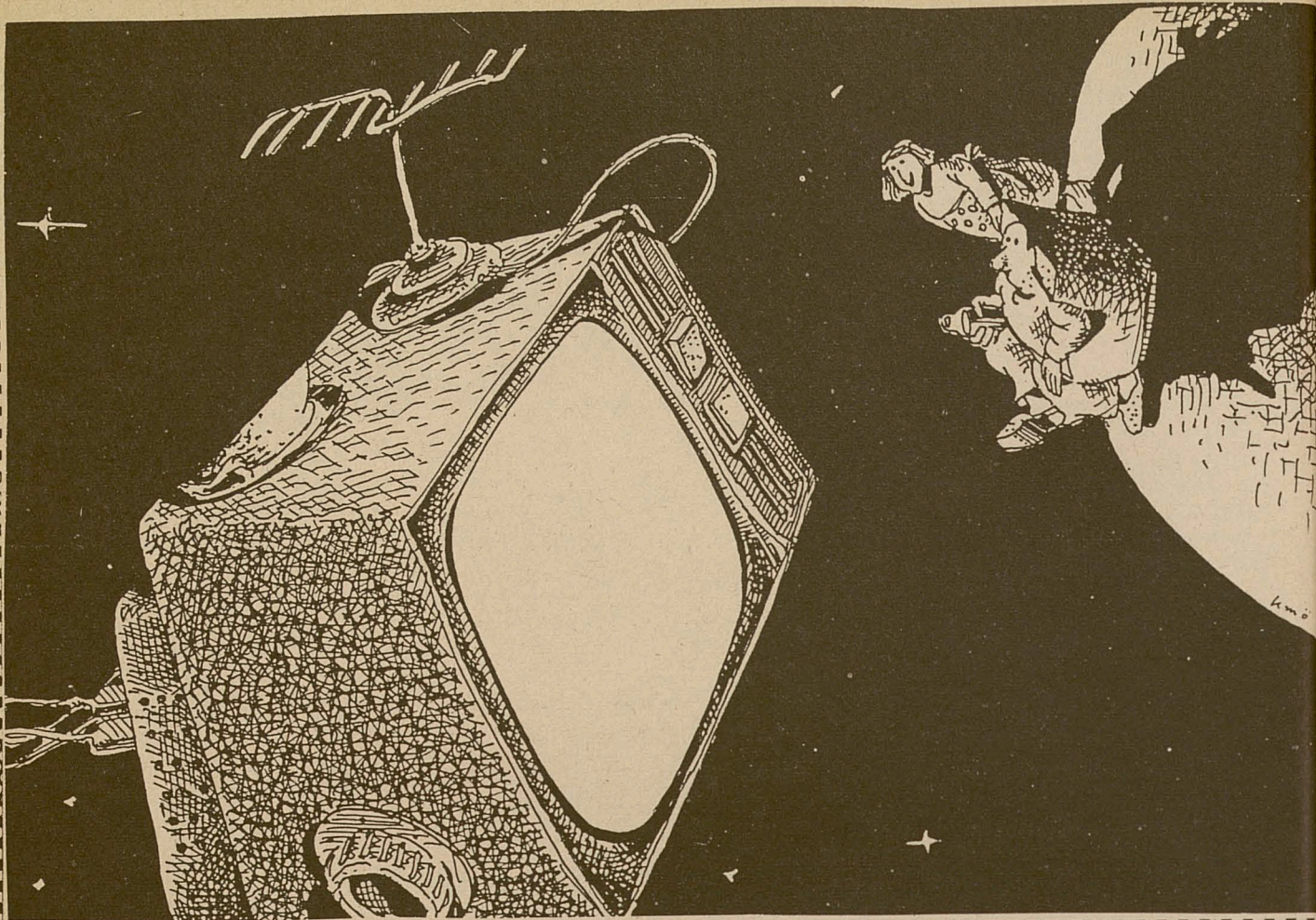
Wie war das noch, ein informatives und unterhaltendes Vollprogramm ?

Marktwirtschaftliche Lösungen...

Doch wenden wir uns grundsätzlichen Fragen eines privaten tv's zu. Einer der größten Förderer des privaten tv ist der rheinlandpfälzische Ministerpräsident Berhard Vogel.

Seine Partei, die CDU, schreibt dazu: "Bei der Durchführung von Pilotprojekten ist vom Prinzip möglichst großer Informations- u. Meinungsvielfalt auszugehen." Und weiter: "Da die heutige Medientechnologie Wettbewerb möglich macht, muß das Monopol der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten marktwirtschaftlichen Lösungen weichen..." (aus: Medienspiegel des Instituts der deutschen Wirtschaft, Heft 51/52, 1979)

Sind diese beiden Aussagen überhaupt miteinander vereinbar ?



Ein Blick auf einen bereits heute privatwirtschaftlich organisierten Bereich der Medien, Zeitungen und Zeitschriften, mag da weiterhelfen.

Da hatte schon 1980 der Axel Springer Verlag mit BILD, WELT, HAMBURGER ABENDBLATT, BERLINER MORGENPOST usw. einen Marktanteil von ca. 30 %. Davon entfielen allein auf BILD rund 24 % ! Immer mehr Kreise und Städte verfügen nur noch über eine Tageszeitung, Stichwort Meinungsmonopol. Ganz zwanglos, ganz zwangsläufig fraßen und fressen die Großen die Kleinen.

Und das soll beim Fernsehen plötzlich nicht passieren ???

Zensur kann viele Formen haben...

Die meisten der aufgeführten Gesellschaften sind sicherlich nicht arm. Trotzdem stellt sich die Frage nach der Finanzierung der Programme. Und weil ja privatwirtschaftlich gearbeitet wird, läuft die wohl ausschließlich über die Werbung. Einmal ganz davon abgesehen, das ich sicherlich nicht die

einzigste bin, die einen Spielfilm oder was auch immer ohne störende Unterbrechungen lieber sieht, (da könnte ich mich ja vielleicht noch dran gewöhnen), schafft so etwas ganz selbstverständlich Abhängigkeiten. Und wer möchte schon gerne seinen Geldgeber verprellen bzw. verlieren ? Daß die Industrie weder Skrupel noch Samthandschuhe hat, das ist bekannt.

Es wird sich mit Sicherheit auch nicht vermeiden lassen, daß Sendungen, die mit verminderten Einschaltquoten rechnen müssen, ins Randprogramm abgedrängt werden, oder aber den "Rennern" ganz weichen müssen. Das heißt immer weniger Nachrichten (später wird das dann nur noch news-show heißen, siehe RTL-Plus), Politik, Kultur, Wissenschaft... und immer mehr Show, Quiz, Unterhaltungsparade, Paul Breitner und Rud Carrell ! Ein Blick auf das SAT 1 Programm möge als Anschauungsobjekt genügen.

Auch ich gehöre zu den Leuten, die öfters über das uns angebotene resp. zugemutete Fernsehprogramm schimpfen. Ich

kann nicht glauben, daß durch kommerziellen Rundfunk Besserung eintreten wird. Das öffentlich-rechtliche System hat wenigstens versucht, durch ein angemessenes Verhältnis aus Repräsentanten aller bedeutsamen politischen, weltanschaulichen und gesellschaftlichen Gruppen in den Aufsichtsräten einen Schutz vor Indoktrination durch Ausgewogenheit zu erreichen. Im Konzept der privatwirtschaftlichen Medien vermag ich diesen Ansatz nicht wiederzufinden.

Natürlich kenne auch ich die Binsenweisheit, daß der Fernseher unter anderem einen Knopf zum Ein- und AUSSchalten hat. Aber ich kenne auch die Wörter Konsumzwang bzw. Konsumterror. Und ich denke an politische und gesellschaftliche Folgen eines marktwirtschaftlich geregelten Fernsehens.

Ich denke, den AUS-Knopf werden wir in Zukunft immer öfter gebrauchen müssen !

Gerlind Rheinbay

STREIFZUG DURCH

BONNER KÜLTÜR -

es schweifte umher: wolfgang kaleck

THEATER IN DER GARAGE

Sonntagabend: eine Gruppe junger Leute schleicht durch einen düsteren Gang in die Tiefgarage unter den Kaiserpassagen und setzt sich auf die im Halbkreis aufgestapelten Autoreifen. Die Luft ist stickig, die Betondecke niedrig, im Hintergrund röhrt die Heizungsanlage - das Theatre Bohemien führt ein neues Stück auf: Mercedes von

Thomas Brasch.

Die Mercedes-Limosine, um die sich das ganze Stück drehen soll, konnte am Abend unseres Besuches nicht in die Tiefgarage transportiert werden, weil der Aufzug defekt war. Diese Panne tat allerdings dem Spiel der beiden Darsteller Florian Borchert (als Sakko) und Michaela Heiser (als Oi) keinen Abbruch. Die Zuschauer mußten ihr

Vorstellungsvermögen einmal mehr bemühen - um Sakkos Wunsch, einen Versuchsgegenstand, ein Fortbewegungsmittel, ein Arbeitsgerät, den Ort eines Selbstmords und das Produkt einer Rüstungsfirma - das Symbol Mercedes - in ein paar Autoreifen zu sehen.

Als Zuschauer war es schwer, sich in diesen zwei Stunden dem Theatergeschehen zu entziehen, die beengte Atmosphäre, die schlechte Luft, das unbequeme Sitzen und die von Zeit zu Zeit eingespielten Tonband - Monologe von Sakko und Oi machten es unmöglich eine Distanz aufzubauen oder einmal abzuschalten, was bei mir den widersprüchlichen Effekt hatte, daß ich, obwohl mich das Stück und das Spiel der beiden Akteure ansprachen, froh war, als ich um zehn Uhr ins Freie treten konnte. Die aufgedonnerte Oi und der arbeitslose Sakko treffen sich an, in und um den besagten Mercedes. Sie können mit sich und miteinander wenig anfangen, reagieren aggressiv aufeinander. Sie reden miteinander,

ohne sich viel zu sagen. Ihre Dialoge sind Ausdruck von Sprach- und Sinnlosigkeit, einer Suche nach einer Identität und einer Subjektivität - die von Sakko und Oi gesprochenen Sätze haben kein Subjekt, sie beginnen mit dem Verb. Ihre Monologe - per Tonband eingespielt - handeln von Regeln und Anpassung, von Zeit und Freizeit...

Ja und dann bin ich mit meinem Latein schon am Ende, müßte mir etwas aus den Fingern saugen, um meine kulturelle Bildung zu beweisen, um die Handlung näher zu beschreiben - eine Lösung wird dem Theaterbesucher ohnehin nicht geboten. Aber auf mich trifft wohl die Beschreibung des Bohemien - Regisseurs Ulrich Harz zu, der in einem Schnüß-Interview meinte, das Bonner Publikum habe keine Erfahrung mit avantgardistischen Stücken, so daß es ein Anspruch der Bohemien sei, zeitgenössische Autoren zu forcieren. Ich bin gerne bereit, mich auch dem nächsten Stück dieser Gruppe "auszusetzen" und hoffe, dann über meine jetzige bloße Konsumenthaltung hinaus die Sprache zu finden, die es mir ermöglicht, meine Gedanken über derartige Theaterereignisse zu Papier zu bringen. Vor erst muß ich Zuflucht zu der schriftlichen Fassung von Mercedes nehmen.

Bohemien
THEATRE

DIE

SZENE



VORANKÜNDIGUNG



„Die Schule der Frauen“
Molière

THEATERWERKSTATT
im Siebengebirge
THEATER THESPI

Universität, Hörsaal 1, Dienstag, 2. Juli, 20 Uhr
Mittwoch, 3. Juli.

Verkauf: Buchhandlung Rheinland, Markt, Aachener Str. 11, 53111 Bonn

COMPANIA 82: DON JUAN ODER DIE LIEBE ZUR GEOMETRIE

**"jeder Mann hat etwas Höheres als das Weib,
wenn er wieder nüchtern ist."**

Im HS 4 der Bonner Uni hatte der kulturbeflissene Teil der Bonner Studentenschaft in den letzten Wochen Gelegenheit, die moderne Version des spanischen Frauenhelden Don Juan zu bewundern.

Nein, so hatte ich ihn mir nicht vorgestellt: statt eines feurigen Spaniers stand der blonde Psychologe Thomas Lindner auf der Bühne. Doch auch wenn er dem Klischee des Herzenbrechers nicht entsprach, er spielte gut und war die richtige Besetzung für diese Rolle -

denn MAX FRISCHS Don Juan verachtet die Frauen und glaubt nicht an die Liebe. So erfüllt ihn nach einer rauschenden Liebesnacht das "Bedürfnis nach männlicher Geometrie", die lautern, nüchtern und genau ist: "Vor einem Kreis oder einem Dreieck habe ich mich noch nie geekelt." Doch bevor er zu seiner Geometrie findet, werden durch ihn noch einige Menschenleben zerstört: so geht z.B. die von ihm erst Geliebte, dann Verschmähte Dona Anna wegen ihm ins Wasser - worauf er nur lakonisch bemerkt: "Ich habe mich mit dem Leben vermählt und nicht mit einer Wasserleiche mit baumelnden Armen und Haaren von Tang."

Nach 12 Jahren Verfolgung durch lüsterne Frauen hat Don Juan genug. Er macht sich den seit langem von der katholischen Kirche ausgesprochenen Fluch "Der Himmel zerschmettere den Frevler" und den Aberglauben der Spanier zunutze und verschwindet mit Hilfe eines Gauklertricks von der Bildfläche.

Er zieht in das Schloß der verwitweten Hure Miranda, die ihn schon immer liebte und nun aushält. Er widmet sich von nun an der Geometrie, kann aber seine Gefühle zu ihr letztlich nicht verbergen. Miranda ist ob dieser männlichen Unfähigkeit, Gefühle auszudrücken und zu zeigen, geduldig. Als die reifere Person sagt sie, als sie ein Kind von ihm erwartet: "Du mußt jetzt nicht behaupten, daß es dich freut, Juan, aber es wird mich glücklich machen, wenn ich eines Tages sehe, daß es dich wirklich freut."

Um diese höchst aktuelle Handlung rankte sich die von der Compania 82 aufgeführte Komödie. Entgegen der Jahreszahl führte der Großteil der Besetzung mit dem Don Juan sein erstes Stück auf. So konnte man ihnen denn auch die zahlreichen kleinen Ausrutscher der Premiere nachsehen, die das Stück ins Klamaukartige zu ziehen drohten: so etwa als der etwas steife Don Gonzalo tödlich vom Degen getroffen im Fallen die Pappsäule umriß oder die Kulissen in einigen Szenen umzustürzen drohte. Störend - weil so zeitaufwendig - waren da schon eher die langen Umbaupausen. Es hätte auch angesichts der Aktualität des Themas "Mann und

Liebe" eine zeitgemäßere originellere Kleidung gewählt werden können, um einerseits das Publikum mehr auf die Aussagen zu stoßen und andererseits den klamottenartigen Eindruck zu vermeiden, den junge Männer in der Kutte eines Priesters oder mit Krückstock machten.

Doch mir hat das Zusehen Spaß gemacht - den Text des Stückes konnte ich auch nachher lesen. Die mangelnde Perfektion hat meinen Kunstgenuß jedenfalls nicht stören können - hoffentlich hat sie den Schauspielern nicht ihren Spaß genommen.

Zwecks der Ausgewogenheit nun noch ein Auspruch der neben Werner Imbach (als Leporello) ansprechendsten Nebenrolle - ich hoffe, ich kränke Eva Wagner nicht, wenn ich sage, ihr Auftritt als Kupplerin Celestina war überzeugend - :

**" Die Männer sind das Blindeste,
was der liebe Herrgott erschaffen hat. "**



SCHROTTKULTUR

Zwar nicht wie so viele Open-Air-Veranstaltungen ins Wasser gefallen - dennoch Opfer des Wetters wurde die von einem "Fetenkomitee" durchgeführte Fete am 8.6. auf dem Schrottplatz hinter dem Ellerbahnhof. Man -eine Gruppe vergnügungssüchtiger Männer aus der Bonner Szene- wollte einmal ohne Riesenfete selbstorganisieren, ohne Eintritt zu verlangen und ohne Rückendeckung des ASTA. Die Idee war gut, es kamen auch ca. 500 Leute, die Live-Kapellen RISIKO und KURZ DAVOR u.a. spielten zum Tanze auf, auch das Lammfleisch und das Bier munden hervorragend. Nur eben das leidige Wetter: es war saukalt an diesem Abend - so blieben viele Leute zu Hause und auch die aufstrebenden Sympathisanten kamen erst gegen Schluß in Schwung und halfen so mit, daß das Minus, das die Organisatoren als Lohn ihrer Bemühungen davontrugen, nicht allzugroß wurde.

ITALIEN IN BONN ?

Ein voller Erfolg war das 1. Bonner Sommerkino vom 15.- 17. Juni im Innenhof des Poppelsdorfer Schlosses. Veranstalter war die Film AG, unterstützt vom städtischen Kulturamt im Rahmen des Bonner Sommers. Es kamen an den drei Tagen durchschnittlich 700-800 Zuschauer zu einem Programm, das fast durchweg aus interessanten Filmen bestand, teilweise aber selbst für Filmfreunde zuviel des Guten war. Warum lief z.B. Amos Poes "Subway Riders" nicht ein wenig früher am Abend? Man (Stadt und Uni) sollte der Film-AG die Gelegenheit zu solchen Veranstaltungen öfter bieten - der Zuschauerzuspruch an diesen nassen und kalten Tagen spricht für sich. Zu hoffen bleibt auch, daß die Film-AG nicht nur den alternativen Versuchsballon für Stadt bzw. kommerzielle Veranstalter abgegeben hat, die die jetzt erkannte Marktücke für ihre eigenen Zwecke nutzen könnten, wobei das Interesse an Film/Kino nicht unbedingt an erster Stelle stünde.

Das Programm "Das zweite Leben der UFA" war leider nur anderthalb Stunden lang, ich hätte ihnen gerne noch ein bißchen länger zugeschaut: den Artisten, die weniger durch technischen Aufwand, sondern eher auf hergebrachten Zirkus darboten. In jede Nummer waren tolle Ideen und Witze eingebaut:

So z.B. als der mit brennenden Fackeln jonglierende Fredo eine Augenbinde umgebunden bekommen sollte und als Beweis für deren Undurchsichtigkeit einer mit der Augenbinde ausgestattete Dame aus dem Publikum zwei nackte Hintern präsentiert wurden. Die Tatsache, daß Schadenfreude die schönste Freude ist, trug zum Erfolg des "Biene- Maja- Balletts" dar. Nach dem ein von den zirkusakteuren gestelltes weibliches Ensemble das Ballett einmal tanzte, wurden fünf ahnungslose Herren aus dem Publikum herausgefischt -um unter fachkundiger Anleitung von Tanzlerin Pauline- und allgemeiner Erheiterung ihre Version der Biene Maja vortanzten. Oder die Reise in den Himmel: Tip, Top und Pauline betreiben auf einem Podium Körperkultur bei träumerische Musik und in langer Unterhose und Hüfthalter. Oder der Step- Tanz der schönsten Bäckerinnen und Bäcker von Berlin.

Doch was erzähle ich: der UFA-Zirkus und seine lebensfrohe Atmosphäre kann man nicht in Worte kleiden - man muß ihn miterlebt haben. Für diejenigen, die diese Gelegenheit in den Rheinauen verpaßt haben, sei zum Trost gesagt, das UFA- Gelände steht allen Berlinbesuchern jederzeit offen und es finden dort auch regelmäßig Vorstellungen statt.

Nach diesen zwei Theaterbesuchen, die mein Resthörn doch arg strapazierten, gönnte ich mir am darauffolgenden Mittwoch eine kurzweiligere Unterhaltung und ging in den UFA- Zirkus, der vom 8. - 16. Juni in den Rheinauen gastierte. Der UFA- Zirkus ist Bestandteil des gleichnamigen Fabrikprojektes und ist seßhaft auf dem Gelände der ehemaligen Universum- Film-Aktiengesellschaft in Berlin-Tempelhof, das 1979 besetzt wurde und inzwischen legalen Status hat. Im Rahmen der Fabrik werden eine Vollkornbäckerei mit Bioladen, ein Cafe, eine Tischlerei, eine Töpferwerkstatt, eine Ausbildungswerkstatt für Sattlerei, ein Kino mit eigenem Filmverleih und Bau und Verleih von Großzelten von den etwa 70 Kommunarden. Dieses -leider- nur einwöchige Gastspiel wurde möglich durch den aus Berlin importierten Kulturdezernenten v. Uslar, in dem -bisweilen(?) ein alternatives Herz schlägt.

HINTERGRÜNDIGES ZUM

Alle Jahre wieder stürzt sich das Kulturreferat in einen Wust von Arbeit - die Organisation des Uni-Sommerfestes. Eine solche Großveranstaltung auf die Beine zu stellen, erfordert einen Arbeitseinsatz, nahezu rund um die Uhr; das war eine Tatsache, der wir uns von vorn herein bewußt waren, wir wußten Ende April, als wir uns in die Planung stürzten, daß auf uns zwei Monate voller Rödellarbeit zukommen würden, aber unsere Befürchtungen sollten noch übertroffen werden...

Wir dachten uns also ein Konzept aus. Entsprechend der Arbeit im Kulturreferat, wo es uns nicht darauf ankommt, eine "angebotsorientierte" Kultur zu machen, sondern einerseits lokalen und regionalen Gruppen Auftrittsmöglichkeiten zu schaffen und andererseits, wie man so schön sagt, den Unterschied zwischen Produzenten und Konsumenten aufzuheben, soll heißen, wir wollen z.B. durch Angebot von Workshops und Animation die Zuschauer/innen in den kreativen Prozeß miteinbeziehen, sollte auch das Sommerfest ein Forum für Künstler und Gruppen sein, die, auch ohne überregional bekannt zu sein, dennoch qualitativ auf hohem Niveau stehen. Zum zweiten, dachten wir, wäre es mal wieder eine feine Sache, wenn das Sommerfest dieses Jahr komplett unter freiem Himmel stattfinden könnte. Das bedeutete dann natürlich auch, daß wir vom Wetter, vom Getränkeumsatz (auf dem Hofgarten können wir schließlich keinen Eintritt verlangen) und von der Gnade des Rektors und der Stadtverwaltung, die uns den Kaiserplatz zur Verfügung stellen sollte, abhängig waren. Das bedeutete wiederum, daß wir in unserer Finanzplanung äußerst vorsichtig zu Wege gehen mußten, um dem AstA ein finanzielles Desaster zu ersparen und daß nebenbei eine komplette Regenplanung erstellt werden mußte, damit das Sommerfest, falls es regnete, nicht im wahrsten Sinne des Wortes ins Wasser fallen konnte. Wir machten uns also ans Werk. Verhandlungen mit der Uni-Verwaltung, Verhandlungen mit den Behörden, mit den Gruppen, mit den Getränkelieferanten, nebenbei noch Verhandlungen im AstA, die unsere Zeit gehörig strapazierten, Anträge schreiben, telefonieren, so sah unser Tagesablauf in den folgenden Wochen aus. Es ließ sich eigentlich alles einigermaßen gut an, sieht man/frau mal davon ab, daß der Kaiserplatz nie gesichert war, bis zu dem Zeitpunkt, als uns die VDS ins Haus geschneit kam...

Zur Vorgeschichte: Es stimmte uns hocherfreut, als wir erfuhren, daß die bundesweite VDS-Demo gegen HRG und Hochschulformierung am selben Tag stattfinden sollte, wie unser Sommerfest, die Freude wandelte sich jedoch in Unmut um, als wir erfuhren, daß die VDS nicht, wie wir bis dato annahmen, auf den Münsterplatz wollte, sondern auf die Hofgartenwiese. Darüber hinaus ließ die VDS noch bei uns anfragen, ob wir mit dem Sommerfest nicht das kulturelle Rahmenprogramm für die Demo übernehmen wollten. Wollten wir aber
 n 22
 d 22
 se, da wir den organisatorischen Ab-

lauf des Sommerfestes gefährdet sahen, zum anderen kam es für uns unter keinen Umständen in Frage, daß das Sommerfest als inhaltlich und organisatorisch eigenständige Veranstaltung des AstA, zum Rahmenprogramm zu einer Demo degradiert werden sollte. Da wir allerdings die Demo nicht torpedieren wollten und es auch als politisch unbedingt notwendig erachteten, daß die Hofgartenwiese weiterhin für Großdemonstrationen zur Verfügung steht, erklärten wir uns bereit, die VDS auf die Hofgartenwiese zu lassen und zwar, damit es zu keinerlei Überschneidungen kommt, am südlichen Ende, vor dem akademischen Kunstmuseum. Dies stellte ein Kompromißangebot von unserer Seite dar, damit die VDS vor dem Verwaltungsgericht etwas in der Hand hatten. Dieser Kompromiß wurde nach endlosen Verhandlungen im AstA und mit der VDS dann auch akzeptiert, was nicht viel zu bedeuten hatte wie wir noch merken sollten, setzte sich doch die VDS in ihrer Demoplanung kalt lächelnd über die getroffenen Vereinbarungen hinweg, sprach mit unseren Musikern und Technikern und bot diesen Geld an, woraufhin einer unserer Techniker, nachdem ihm die VDS erzählt hatte, die Sommerfest-Hauptbühne und die Demobühne seien identisch, daran ging, eine viermal so große Anlage zusammenzustellen, als von uns bestellt. Die VDS plante also, entgegen unserer Abmachung, schön weiter auf eine gemeinsame Bühne hin. Dies ließ natürlich bei uns ernsthafte Zweifel an der Seriosität der VDS aufkommen, was uns dazu motivierte von der VDS einen genauen Vertrag bezüglich des Ablaufes von Demo und Sommerfest zu fordern, zumal im VDS-Rundbrief, der kurz zuvor erschien, wieder einmal sämtliche Abmachungen bezüglich des zeitlichen Ablaufes über den Haufen geworfen wurden. Nachdem die VDS sich 14 Tage lang permanent weigerte, überhaupt mit uns zu verhandeln, bekamen wir drei Tage vor dem Fest dann doch noch unseren Vertrag, in dem fast alle unsere Bedingungen akzeptiert wurden, oh Wunder. Dieser Vertrag erwies sich jedoch in zweierlei Hinsicht als hinfällig: uns gab der Landeswetterdienst Essen (die Scherzkekse) in seiner Voraussage für den 15. Juni mieses Wetter durch, und das OVG Münster sperrte der VDS kurzerhand die Hofgartenwiese. Für uns hatte das die Folge, daß wir ins Uni-Hauptgebäude ausweichen mußte, die VDS hingegen auf die Poppelsdorfer Allee. Der ganze Streß war also umsonst. Wir vom Kulturreferat machten im Laufe der Verhandlungen jedoch recht interessante Beobachtungen. Es ist der VDS hervorragend gelungen einen Keil in den AstA zu treiben. Auf der einen Seite standen die Basisgruppen LUST, GAG und FemFatal, auf der anderen die GO'ler SHB und MSB und mittendrin die Jusos. Wir erkannten, daß unser Kulturkonzept, das wir bisher als Konsens im AstA angesehen hatten, keineswegs unumstritten war. Hochschulgruppen, die sich jahrelang einen Dreck um die



Kulturarbeit gekümmert hatten, entwickelten plötzlich eigene Ideen und wollten unbedingt neu diskutieren. Interessant nur, in welchem Zusammenhang diese Ideen aufkamen und auf welche Hintergründe uns das schließen ließ. Soll Kultur etwa nur Mittel zum Zweck sein, eine kleine Nebensache im großen HRG-Kampf der Studentenbewegung? Mit uns nicht, liebe Leute, wir haben keinerlei Interesse daran, Kultur nur als Mittel gegen etwas einzusetzen, genau so, wie wir den Vorwurf, Kultur, bzw. Kulturarbeit, wie wir sie betreiben sei unpolitisch, nicht auf uns sitzen lassen. Im Gegenteil, Kultur als Prozeß der Kreativierung des/der Einzelnen und gleichzeitig als kritische Auseinandersetzung mit den Lebensumständen, birgt ein enormes subversives Potential in sich. Doch zurück zum Sommerfest und was daraus wurde:

Um es kurz zu machen: von unserer Sicht heraus wurde es ein Riesenerfolg und das, obwohl es im Hauptgebäude statt fand. Der Hörsaal 1 war praktisch von Anfang bis Ende des Programms brechend voll, die Hörsäle 9 und 10 standen dem nicht viel nach, die Disco in der Garderobenhalle war buchstäblich am brodeln, im Arkadenhof spielten sich um Bier- und Essensstände tumultartige Szenen ab, in den Gängen war an ein Vorwärtstreffen kaum noch zu denken, und die Schlange vor dem Eingang an der Hofgartenseite erreichte zwischen 22 und 23 Uhr mit ca 30 Metern ihre Rekordlänge. Ich als einer der Veranstalter stehe hier vor einem großen Problem: Ich sehe mich außerstande eine detaillierte Beschreibung über die Einzelaktionen zu geben, da ich mich entweder in der Zentrale oder irgendwo in Hauptgebäude herumtrottelnd befand, ich kann lediglich beschreiben, daß die Stimmung sehr gut bis ausgelassen war, daß zum Schluß, bei Donyabélê der komplette Hörsaal 10 tanzte, daß es ein Genuß war, den Leuten beim Akrobatikworkshop zuzusehen, es waren 6500 Zuschauer/innen da, von denen die letzten fast nur gewaltsam zum Verlassen der Uni zu bewegen waren. Ein dickes Lob außerdem: Es ging lediglich eine Scheibe zu Bruch, der Verursacher meldete sich sogar und - die traditionelle Schlägerei blieb diesmal aus. Lag das daran, daß die Leute zu gut drauf waren?

Werner Braun (Kulturreferat)

Atombomben

Anfang September beginnt in Genf die 3. Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag. Ein Anlaß - aber nicht der einzige - sich mit der Rolle der Bundesrepublik Deutschland in der weltweiten atomaren Aufrüstung zu befassen. Wichtige Aspekte der bundesdeutschen Atom- und Rüstungspolitik sind in der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt. So beispielsweise die Tatsache, daß die Bundesrepublik - vertreten damals durch ihre sozialliberale Bundesregierung den Atomwaffensperrvertrag zwar unterzeichnet - damit aber keineswegs ohne wenn und aber auf die Verfügungsgewalt über Atomwaffen verzichtet hat. So hielt sie sich ganz bewußt die Option des Mitbestzes an Atomwaffen im Rahmen einer "Europäischen Atomstreitmacht" offen.

Im Hinblick auf die Wiederbelebung der Westeuropäischen Union parallel zur NATO eine wichtige Einschränkung. Keineswegs ein unbedeutender Hinterbänkler, sondern der "abrüstungs"-politische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Gerhard Todenhöfer, schlug in einem Artikel in der "Europäischen Wehrkunde" 9/84 vor, die in der Bundesrepublik stationierten Pershing II-Raketen in einer westeuropäischen Atomstreitmacht zu integrieren. Im Januar 84 - Heft der - übrigens gemeinsam mit der Führungsakademie der Bundeswehr - herausgegebenen Theoriezeitung der Bundeswehr wurde ein Reserve-major der Bundeswehr noch deutlicher. Ausgehend von der - vor allem auch in Frankreich vorherrschenden Überlegung - daß die Widerstände gegen bundesdeutsche Nuklearwaffen in der Bundesrepublik weitaus geringer wären, als gegen fremdbestimmte, US-amerikanische Atomraketen, empfiehlt Dr.

Roland Kollert ... "Einfach ausgedrückt, cruise missiles oder Pershing II einschließlich Sprengkopf in deutscher Hand. ... Der Bundesrepublik Deutschland... einen eigenen Finger am atomaren Abzug geben...."

Niemand hat bisher diesen Beitrag in einer, vom Bundesministerium für Verteidigung finanzierten und für Schulungszwecke innerhalb der Bundeswehr eingesetzten Zeitschrift zurückgewiesen. Im Gegenteil - der Beitrag wurde durch die Überlegungen Todenhöfers noch verstärkt

Nach Auffassung von Helmut Hirsch - Autor einer Studie über die Nuklearpolitik der Bundesrepublik in den letzten 10 Jahren - ist ein Element der Westeuropäischen Atomstreitmacht bereits Realität: Seit Jahren besteht nämlich eine enge Zusammenarbeit mit Frankreich bei der Brüterentwicklung. Der Stromkonzern RWE ist weiterhin an dem Großbrüterreaktor "Super-Phenix" beteiligt, der Plutonium für die französische Atomstreitmacht liefern soll. Aber auch in der Bundesrepublik selbst tritt mit zunehmender Krise des "zivilen" Atomprogramms seine militärische Bedeutung stärker in den Vordergrund.

Konnte Mitte der 70-er Jahre z.B. die Wiederaufarbeitung noch scheinbar mit Versorgungsengpässen bei Natururan und Anreicherung motiviert werden, ist heute das Atomprogramm, und besonders die sensitiven Anlagen, wirtschaftlich in keiner Weise zu begründen. Hinzu kommen die größtenteils geheimen Plutoniumlager in Hanau. Über die Menge des dort gelagerten Spaltstoffs gibt die Bundesregierung auch gegenüber Bundestags-Abgeordneten keine Auskunft. Deutlich werden militärische Aspekte schon früher bei der bundesdeutschen Atomexportpolitik. Die Bundesrepublik schloß überwiegend mit solchen Staaten große Atomgeschäfte ab, die den Nichtverbreitungsvertrag nicht unterzeichnet hatten und zudem aus

ihrer Absicht, über Atomwaffen verfügen zu wollen, kein Geheimnis machten. Beispiele sind hierfür die Lieferung von Teilen für die Urananreicherungsanlage nach Südafrika - samt des wissenschaftlichen know-how (Trenndüsenverfahren), die Lieferung des Trenndüsenverfahrens nach Brasilien, die Lieferung eines Natururanreaktors und der WAA-Technologie nach Argentinien, sowie die Lieferung wichtiger Teile für eine Plutoniumfabrik nach Pakistan. Die Gleichsetzung WAA = Plutoniumfabrik scheint mir gerechtfertigt, geht es doch in erster Linie um die Gewinnung dieses Stoffes, und weniger um die Rückgewinnung von Kernbrennstoffen.

Einfach formuliert: Die Bundesrepublik belieferte abhängige Diktaturen mit den nötigen Anlagen zum Bombenbau, um selbst im Ausland Zugriff auf diese Technologie zu haben. Nicht ohne Grund hatte die Bundesrepublik bei Unterzeichnung der WEU - Verträge auf Herstellung und Lagerung atomarer Waffen im eigenen Land verzichtet. Diese Formulierung ermöglichte es, die im "eigenen Land" untersagten Aktivitäten im Ausland fortzuführen. Wichtige Atom- und Raketenwissenschaftler wirkten deshalb auch in Argentinien, Ägypten, Indien und Brasilien. Bis in die 80-er Jahre hinein - und wahrscheinlich auch heute noch - wurden cruise missiles in Zaire entwickelt. Die Firma OTRAG pachtete dafür ein Gelände von der Größe der DDR. Der Vertrag besteht, entgegen anderslautenden Pressemitteilungen, weiter fort. OTRAG - Gründer Lutz Kayser befindet sich weiterhin in der zairischen Provinz SHABA. Auch die Ausbildung und Zusammenarbeit mit südafrikanischen Wissenschaftlern wird im Rahmen des Kulturabkommens weiter fortgeführt. So befinden sich beispielsweise in der Kernforschungsanstalt Jülich auch 1985 2 Südafrikaner.

Schon aus Platzgründen können hier nur einige Punkte der bundesdeutschen Atompolitik kurz beleuchtet werden.

Mit Fragen der Bundesdeutschen Atomanlagen, der Exportpolitik der Bundesregierung, ihrer Rolle in der Atomrüstung (so z.B. der Haltung der Bundesregierung gegenüber den Forderungen nach Atomteststopp und atomarer Abrüstung) wird sich eine bundesweite Konferenz vom 6.-8.9.85 in Bonn (Integrierte Gesamtschule Beuel) befassen.

Weitere Informationen, Programme etc. gibt es bei:
Helmut Lorscheid
Klemens-Hofbauer-Str. 17
5300 Bonn 1
Tel: 0228/675442

b.w.

⊗ × ⊙ ⊕ 23



Bundesweite Alternativkonferenz:

Atombomben made in Germany

6.—8. September 1985 in Bonn
in der integrierten Gesamtschule Bonn-Beuel, Siegburger Str. 321

Friedens-
bewegung,
Anti-AKW-
Bewegung
und 3. Welt-
Solidaritäts-
bewegung
rufen auf: